

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdrückung bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für alle Zahlungen ist Berlin.

Berlin, den 24. April 1931

W. M. S. 100
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Um die Zollunion.

Die Erklärungen des tschechischen Aussenministers.

SPD. Wer die Rede, die der tschechoslowakische Aussenminister am Donnerstags vor dem Auswärtigen Ausschuss seines Parlaments über das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion gehalten hat, in ihrem uns durch die Prager Presse vermittelten Wortlaut vorurteilsfrei liest, wird zugeben müssen, dass sie sich grosser Sachlichkeit befleissigt und sich von jeder Schärfe in der Polemik fernhält. Es wäre sehr wünschenswert gewesen, wenn diesen Ton von allem Anfang an die Gegner des Planes, besonders auch in der Presse, angeschlagen hätten. Es würde sich dann manche Verstimmung haben vermeiden lassen, und die Hoffnung, dass schliesslich doch noch eine Verständigung zwischen den beiden gegnerischen Lagern zustandekäme, wäre grösser.

Selbstverständlich ist und bleibt Herr Benesch ein Gegner der Union, und er bemüht sich in sehr ausführlichen Darlegungen seinen ablehnenden Standpunkt zu begründen. Man braucht seine Argumente sicher nicht als zutreffend anzuerkennen, aber man kann sich mit ihnen auseinandersetzen, und wir möchten hoffen, dass sich an dieser Diskussion alle die, die es angeht, beteiligen und dabei den Gegenstand in erster Linie unter einen gesamteuropäischen Gesichtspunkt stellen. Vielleicht gelingt es dann doch zu verhüten, dass ein Schritt, der die Zusammenfassung der europäischen Wirtschaftskräfte zum Ziel hat, nicht zu einer weiteren wirtschaftlichen und politischen Zerreissung unseres Kontinents führt.

Dazu wäre allerdings eine wesentliche Voraussetzung der Verzicht der Gegenseite auf die These von der Vertragswidrigkeit des deutschen und österreichischen Vorgehens. Selbst wenn man sich auf den nach unserer Meinung irrigen Standpunkt stellt, dass die von Oesterreich abgeschlossenen Verträge das Eingehen einer Zollunion mit Deutschland verbieten, so bleibt es doch verfehlt, diese Seite der Angelegenheit in den Vordergrund zu schieben. Was wäre schon damit erreicht, wenn der Völkerbundsrat oder der Haager Gerichtshof die Berechtigung dieser Auffassung anerkennen würden? Es würde eine Stimmung geschaffen werden, in der es noch weit schwerer wäre als heute, eine gemeinsame Basis für eine Regelung der europäischen Wirtschaftspolitik zu finden. In Deutschland und Oesterreich würde dem Nationalismus ein neuer Auftrieb gegeben werden, die Abneigung gegen den Völkerbund würde sich verstärken und das Ende wäre eine beträchtliche Verschärfung aller schon heute vorhandenen Gegensätze.

Nun ist im Völkerbundsrat allerdings nur die Rechtsfrage zur Erörterung und Begutachtung vorgelegt, und Herr Benesch ist zum mindesten formell im Unrecht, wenn er auch das politische und wirtschaftliche Problem vom Rat geprüft wissen will. Die englische Regierung hat in ihrem Schreiben an das Völkerbundssekretariat ausdrücklich nur von der Notwendigkeit gesprochen, die juristischen Zweifel durch den Völkerbundsrat zerstreuen zu lassen, und ihr Ersuchen gründet sich nicht etwa auf den Artikel 11 der Völkerbundssatzung, nach

dem jedes Bundesmitglied das Recht hat, die Aufmerksamkeit des Rates "auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluss auf die internationalen Beziehungen sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen... zu stören droht." Auf der anderen Seite aber ist es ganz klar, dass die Zollunion nicht nur juristische, sondern auch wirtschaftliche und politische Probleme aufrollt, und dass daher der Völkerbund an ihr ein Interesse nehmen kann.

Reichsaussenminister Curtius hat ja nur selbst den Gegenstand dem sogenannten Europakomitee unterbreitet. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob es möglich sein wird, dadurch ein Zurückgreifen auf die wirtschaftlich-politischen Seiten der Angelegenheit im Völkerbund ganz auszuschalten. Hoffentlich wird man in dieser Beziehung auf keiner Seite das Formale allzusehr in den Vordergrund stellen, denn schliesslich soll die Zollunion, wenn wir die Absichten der Wiener und der Berliner Regierung richtig verstehen, doch nicht in erster Linie um deutscher und österreichischer Interessen willen betrieben werden, sondern ein Ausgangspunkt für eine wirtschaftliche Befriedung Europas sein.

SPD. Oldenburg, 24. April (Eig. Bericht)

Ein Zufall will es, dass der zwischen Hannover und der Nordsee belegene, nur gut eine halbe Million Einwohner zählende Freistaat Oldenburg zu einem politischen Beobachtungsherd sensationellen Charakters geworden ist. In diesem, sechseinhalbtausend Quadratkilometer grossen Ländchen finden am 17. Mai Neuwahlen zum Landtag statt. Ein Vorgang, der in ruhigeren Zeiten keineswegs das Ohr der deutschen Öffentlichkeit in besonders hohem Grade hätte, der aber diesmal die ungeteilte Aufmerksamkeit aller deutschen Politiker finden wird.

Grund: Seit Wochen und Monaten schreien es unsere Nazis in allen Tonarten in alle Winde, dass nächst Thüringen und Braunschweig Oldenburg die Zelle werden soll, von wo aus das übrige Deutschland berannt werden soll. Die bislang erfolgreichsten politischen Nutzniesser des wirtschaftlichen Niederganges glauben, dass die trostlose Gegenwart noch immer für sie arbeitet. Darüber hinaus spekulieren sie auf den überwiegend agrarischen Charakter des Landes; aus den bäuerlichen Schichten erhoffen sie in erster Linie ihren Zulauf.

Nun hat es mit der Verwirklichung dieser Wünsche fraglos noch gute Weile. So alarmierend auch der Ausgang der letzten Reichstagswahlen und der im November stattgefundenen Gemeindewahlen wirkte: mit einer nationalsozialistischen Mehrheit ist auch im neuen oldenburgischen Landtage nicht zu rechnen. Dagegen besteht eine gewisse Gefahr insofern, als zu den Nazis Vertreter der übrigen extremeren Rechtsparteien stossen können und die Kommunisten den Dingen evtl. mit verschränkten Armen zusehen. Dieser Eventualitäten sind sich alle Parteien bewusst. Und alle sind daher auch mit ziemlichem Elan in den Wahlkampf eingetreten. Man weiss, dass es um ein grosses Kräftemessen von weithinhallender Bedeutung, dass es um das Erkennen des allgemeinen politischen Stimmungsbarometers geht. Aus diesem Grunde versuchen die einzelnen Parteien auch mehr als sonst üblich, in dem kleinen Lande mit grossen "Kanonen" zu arbeiten. Die gegenwärtige reichstagsfreie Zeit ermöglicht das. Und so wenig die auswärtigen Prominenten dem oldenburgischen Wähler schliesslich auch über die politischen Dinge seines Landes zu sagen vermögen: als lockende Versammlungszugkraft sind sie von hohem Wert.

Charakteristisch für die politische Hemmungslosigkeit, wie diese sich auch in Oldenburg kundtut, sind einige Vorgänge der letzten Zeit. So haben die Nazis ganz offiziell angekündigt, dass sie den Wahlkampf "mit aller Brutalität führen wollen, um von hier aus dem roten Preussen den Kampf anzusagen". Die Presse der "roten und schwarzen Halunken" würde nach dem 17. Mai verboten werden usw. usw.. Angesichts solcher kommenden Dinge haben es bereits einige bürgerliche Abgeordnete mit der Angst bekommen. Je ein Abgeordneter der Deut-

schen Volkspartei und der früher vom Zentrum abgesplitterten Landvolkleute sind schon in diesen Wochen offiziell zu der Dreimännerfraktion der Nazis übergewechselt. Nicht minder spekulativ hat sich der einzige kommunistische Abgeordnete des gegenwärtigen Landtages eingestellt. Er sucht bei den ländlichen Wählern die Nazis noch zu übertrumpfen. Er ist für weitgehendste Steuerfreiheit der Bauern. Sogar landwirtschaftliche Besitzungen bis über hundert Morgen Umfang müssten nach seinen Erklärungen von der Grund-, Gebäude- und der Hauszinssteuer freibleiben!

Den Weg einer solchen Demagogie kann die Sozialdemokratie nicht gehen. Sie muss hier schon an die Vernunft der breiten Wählermassen appellieren. Zumal es in Oldenburg heute schon so ist, dass weite Kreise der Landwirtschaft keine Einkommensteuer bezahlen und tausende an Steuermöglichkeiten auf dem Lande nicht ausgeschöpft werden, während die grösseren Städte unter der Aufbringung der hohen Soziallasten stöhnen und nicht aus, noch ein wissen.

Die gegenwärtige, aus der Beamtenhierarchie hervorgegangene Landesregierung brüstet sich damit, dass die auf den Besitz entfallenden Steuern im Verhältnis zu andern Ländern niedrig sind. Dafür werden andererseits freilich die kulturellen und sozialen Dinge im Lande arg vernachlässigt. Um den Etat nach aussen hin möglichst günstig zu balancieren, werden alle nur möglichen Lasten auf die Gemeinden abgeschoben. Mit dem Wohnungsbau hapert es sehr stark. Die aus der Hauszinssteuer fliessenden Mittel wurden für diesen Zweck nicht verwendet. Was man an Bauvorhaben staatlich unterstützte, tat man aus Anleihemitteln. Dadurch wurde die Landesschuld stark erhöht, sodass diese, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, die höchste bei den deutschen Ländern ist. Die besitzenden Kreise Oldenburgs haben also ein Interesse daran, dass sowohl die derzeitige Beamtenregierung am Ruder bleibt, die im allgemeinen ihre Interessen zu wahren versteht, wie auch, dass die Selbständigkeit des kleinen Landes möglichst lange erhalten bleibt. Denn sowohl die Gewerbe-, wie die Hauszinssteuer sind in Preussen wie auch im Durchschnitt der deutschen Länder entschieden höher als in Oldenburg.

Diese empörenden Zustände liessen in einzelnen städtischen Körperschaften mehrfach den Wunsch laut werden, zwecks Herbeiführung einer gerechteren Lastenverteilung sich an Preussen anzugliedern.

Zu den oben erwähnten Auswüchsen des Wahlkampfes wäre noch zu bemerken, dass auch das Zentrum anscheinend meint, nicht ganz ohne eine gewisse Demagogie auskommen zu können. Sein Organ, die "Oldenburgische Volkszeitung" forderte nämlich in diesen Tagen die Wähler auf zum "Zusammenstehen unter dem Kreuze Christi gegen die Irrlehren des Linkssozialismus und des Rechtssozialismus"...

Die sozialdemokratische Partei ist trotz allem guter Hoffnung. Sie hat im bisherigen Landtag ihre Pflicht im Interesse der breiten Massen der Bevölkerung redlich getan. Sie hat herausgeholt, was herauszuholen war. Sie hat rechtzeitig ihre Kandidaten nominiert, sie ist auch rechtzeitig in den Wahlkampf eingetreten. Und wie auch immer die Dinge auslaufen mögen, soviel ist gewiss: auch nach dem 17. Mai wird ihre Vertretung im oldenburgischen Landtage einen imponierenden Faktor darstellen, mit dem alle Parteien werden rechnen müssen.

SPD. Das Reichskabinett berät in den nächsten Tagen über die Massnahmen, die auf den Gebieten der Finanz-, der Wirtschafts- und der Sozialpolitik getroffen werden sollen. Die kommunistische Presse aber kennt schon heute das Ergebnis dieser Verhandlungen. Nach ihrer Behauptung sollen in kurzen wöchentlichen Abständen Notverordnungen ergehen, deren Inhalt bereits jetzt mit der Deutschen Volkspartei vereinbart seien. Die Agrarwünsche des Landbundes würden befriedigt, einschneidende Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung, ebenso der Invaliden- und Knappschaftsversicherung würdenvorgenommen; bei der Unfallversicherung erfolge ein Leistungsabbau, die Beamtengehälter würden so

oder so, wahrscheinlich auf dem Wege einer zehnprozentigen Zwangsanleihe gesenkt, usw.

Die Herren machen es sich leicht, indem sie einfach alle die Forderungen aneinanderreihen, die in den letzten Tagen von rechtsgerichteten Parteien, Unternehmerverbänden und ähnlichen Wirtschaftsorganisationen aufgestellt worden sind. Sie fügen dann noch die am letzten Sonntag von dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei formulierten "Kampfziele" für eine Verfassungsreform hinzu und stellen die Dinge so dar, als ob das Programm der Volkspartei das in der allernächsten Zeit durch Notverordnungen zu verwirklichende Programm der Regierung sei. Ueber eine solche demagogische Unverantwortlichkeit braucht kein Wort verloren zu werden.

Auf der anderen Seite wird natürlich niemand in Abrede stellen, dass die Beratungen, die das Kabinett jetzt führt, von weittragender Bedeutung sind, und dass die Vertreter der Arbeiterschaft auf der Hut sein müssen. Die Dinge werden sich nicht so gestalten, wie die Kommunisten es ankündigen, aber auch wenn die Beschlüsse des Kabinetts hinter dem, was die Kommunisten zu befürchten vorgeben, nicht unbeträchtlich zurückbleiben, könnte das Ergebnis doch von verhängnisvollen Folgen für die Arbeiterschaft sein. Jedenfalls wird die Sozialdemokratie auch in einer Zeit, in der das Parlament nicht versammelt ist, ihren ganzen Einfluss aufbieten, um zu verhüten, dass die wirtschaftliche und finanzielle Zwangslage, in der sich das Land befindet, in einer für die Arbeiterschaft unerträglichen Weise von der Regierung ausgenutzt wird. Sie befindet sich dabei jedenfalls in einer besseren Situation als die Kommunisten. Die Politik, die sie bisher betrieben hat, ermöglicht ihr, Gefahren abzuwenden, die die kommunistische Presse nur aufzuzeigen vermag. Ihre Möglichkeiten wird sie jetzt ebenso ausnutzen, wie seinerzeit nach dem Erlass der Notverordnung vom vergangenen Juli. Ihr Erfolg aber würde jedenfalls grösser, wenn sie sich dabei auch auf diejenigen stützen könnte, die heute ganz ohne Rücksicht auf die faschistische Gefahr in dem sofortigen Sturz des Kabinetts Brüning die einzige politische Weisheit erblicken.

+ + +
Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand hat mit der Reichskanzlei für den Anfang der kommenden Woche eine politische Aussprache mit dem Reichskanzler verabredet.

SPD. Madrid, 24. April (Eig. Drahtb.)
Die nationalistische Zeitung "Nacion" fordert am Freitag alle Rechtsparteien auf, sich über alle Parteistreitigkeiten hinweg zu einer antirevolutionären Liga zusammenzuschliessen und sich auf die bevorstehenden Cortes-Wahlen vorzubereiten. Die Zeitung lehnt jede Anwendung von Gewalt ab.

Die früheren reformistischen Abgeordneten und Senatoren haben sich am Freitag unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministers Alvarez versammelt und beschlossen, in Uebereinstimmung mit ihrer Ueberzeugung für die endgültige Befestigung des neuen Regimes zu arbeiten. Da sich auch die Konstitutionalisten bereit erklärt haben, die Republik zu unterstützen, dürfte der Aufruf der monarchistischen Zeitung wenig Erfolg haben.

Drei frühere Minister Primo de Riveras haben der Regierung von Lissabon aus telegraphisch mitgeteilt, dass sie niemals die Absicht gehabt hätten, sich ihrer Verantwortung zu entziehen, und dass sie nach Spanien zurückkehren werden, sobald sie dies in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Gerechtigkeit für opportun halten würden.

Aussenminister Lerroix hatte am Freitag eine neue Unterredung mit dem päpstlichen Nuntius.

SPD. Professor Eduard Heimann, Hamburg, der bisher der Braunskommission zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit angehörte, ist wegen Meinungsverschiedenheiten über die Arbeitsweise dieser Kommission ausgeschieden. Professor Heimann ist Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

SPD. Paris, 24. April (Eig. Drahtb.)

Im Gegensatz zu den Nachrichten der Rechtspresse, dass Briand sich entschlossen habe zur Präsidentenwahl zu kandidieren, erklärt der "Intransigeant" am Freitag, dass eine entsprechende Entscheidung Briands bisher noch nicht vorliege. Man glaube aber in gut unterrichteten Kreisen, dass Briand schliesslich nichts dagegen einwenden werde, wenn seine Kandidatur aufgestellt werde. In diesem Falle sei es wahrscheinlich, dass kein anderer Minister des gegenwärtigen Kabinetts eine Gegenkandidatur annehmen würde.

SPD. Schneidemühl, 24. April (Eig. Dra.)

In dem Märkisch-Friedländer Landfriedensbruchprozess wurden am Freitag, ähnlich wie in der ersten Instanz, Strafen zwischen 6 Monaten und einem Monat Gefängnis verhängt. 10 Angeklagte, die in der ersten Instanz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, wurden freigesprochen. Dagegen wurde die Strafe des Angeklagten Streitz von 3 Monaten auf 6 Monate erhöht, da Streitz von dem Gericht als Rädelsführer angesehen wird. Zwei Angeklagte, die in der ersten Instanz freigesprochen worden waren, erhielten in der Berufungsinstanz je 3 Monate Gefängnis. Das Gericht billigte sämtlichen Verurteilten eine Bewährungsfrist von 3 Jahren zu. Ein Teil der Angeklagten hat daraufhin auf eine Revision sofort verzichtet.

In der Urteilsbegründung heisst es, dass das Gericht den Tatbestand des Landfriedensbruchs in der Belagerung des Versammlungslokals durch die Angeklagten als gegeben betrachtet habe. Infolge dieser Belagerung hätten die Nationalsozialisten nicht abziehen können. Immerhin aber fiel ein Teil der Schuld an den Zusammenstössen auch auf die Nationalsozialisten.

SPD. München, 24. April (Eig. Drahtb.)

Das Sonderorgan des bayerischen Stahlhelm hat die gemeinen Verleumdungen seines norddeutschen Bruders gegen die preussische Regierung nicht nur gebilligt, sondern noch durch die Behauptung gesteigert, dass das Verbot überhaupt durch die polnische Regierung in Berlin veranlasst worden sei. Pflichtgemäss ist der Münchener Polizeipräsident dieser schmutzigen Kampfweise entgegengetreten und hat sie durch das Verbot der nächsten Nummer des bayerischen Stahlhelm öffentlich gerügt. Nun fallen beinahe alle bürgerlichen Gazetten in ihrem Hass gegen die preussische Regierung über den Polizeipräsidenten her, eine Ausnahme bilden allein die Blätter der Bayerischen Volkspartei, die durch ihre Korrespondenz dem in Bayern völlig deutschnationalen Stahlhelm scharf entgegengetreten.

In dem parteioffiziösen Artikel der Bayerischen Volkspartei heisst es: "Rein objektiv gesehen handelt es sich hier um Zeichen einer unerhörten Verwahrlosung des politischen Kampfes. Es ist politische Brunnenvergifterei schlimmster Art, wenn man den politischen Gegner immer wieder zum Vaterlandsfeind und zum Vaterlandsverräter abstempelt. Man mag zur preussischen Regierung stehen wie man will, ihr die deutsche Gesinnung abzuspochen und sie als einen geistigen Mietling Polens hinzustellen, das ist zu viel. Diese Beschimpfung trifft, da sie unter Deutschen überhaupt möglich ist, alle Deutschen."

Zu allem Ueberfluss hat die deutschnationale Fraktion im bayerischen Landtag noch eine Interpellation eingebracht, in der u. a. behauptet wird, dass die Notverordnung des Reichspräsidenten die Hoheitsrechte der Länder verletze. Die Interpellation ist aber inzwischen gegenstandslos geworden, da einige Abgeordnete des Bauernbundes, die sie ursprünglich unterschrieben hatten, nach einem Fraktionsbeschluss ihre Unterschrift zurückziehen mussten. Aus eigener Kraft sind die Deutschnationalen aber nicht in der Lage, eine Interpellation einzubringen, und die Hakenkreuzler, an die sie sich jetzt nachträglich gewandt haben, spielen die Gekränkten, weil sie von den Hugenbergern übergangen worden sind. Den Deutschnationalen hat also ihre neuste parlamentarische Aktion vorläufig nur Hohn und Spott eingetragen.

SPD. Der Roggenausschuss setzte am Freitag seine Erörterungen über die Exportprämie fort. Das Ergebnis der Diskussion war, dass sämtliche ernst zu nehmende Parteien grundsätzlich den Ersatz der alten Einfuhrscheinpolitik durch die jetzige Getreidepolitik der Regierung billigten, wenn auch vom Zentrum und besonders von der Sozialdemokratie gegen die Ueberspannung der Schutzmassnahmen Stellung genommen und die Vermeidung jeglicher Erhöhung der Preise nachdrücklichst gefordert wurde.

Reichsernährungsminister Schiele führte aus, dass sich seit dem Frühjahr 1929 eine grundsätzliche Wandlung der Struktur des Roggenweltmarktes vollzogen habe, die sich in einem Sinken des Roggenweltmarktpreises von 170 auf etwa 70 Mark, teilweise sogar auf 58 Mark je Tonne auswirkte. Deswegen wäre es notwendig gewesen, Deutschland schrittweise aus dem Roggenexport zurückzuziehen, und durch die Eosinroggenpolitik eine bessere Verwertung unseres Roggenüberschusses im Inland herbeizuführen.

Abg. Hilferding (Soz) betonte gegenüber dem Deutschnationalen Stubbendorf, der weiter die Verschleuderung deutschen Roggens mit Hilfe von Exportprämien fordert, Stubbendorf solle sich doch erst einmal die primitivsten Grundlagen der Handelspolitik aneignen, nach denen jeder, der ausführen wolle, selbstverständlich auch Waren einführen müsse. Die Ansicht Stubbendorfs, die Getreideausfuhr mit Hilfe von Exportprämien sei keine volkswirtschaftliche Verschwendung, sei irrig. Auch für die Reichsfinanzen sei der Einfuhrschein sehr verlustreich, wenn mit dem Einfuhrschein der Zoll für eine andere Getreideart bezahlt werden kann, als für die er ausgestellt ist. Deshalb sei der Abschluss des deutsch-polnischen Roggenabkommens, das ein gegenseitiges Unterbieten verhüten soll, durchaus zu begrüßen. Hoffentlich würde Deutschland auch zu einem ähnlichen Abkommen mit Russland gelangen. Angesichts der schweren Agrarkrise habe sich die Sozialdemokratie mit der neuen Roggenpolitik seinerzeit einverstanden erklärt, obwohl sie den Konsumenten gewisse Opfer auferlegt und obwohl sie alle Einzelheiten dieser Politik nicht gebilligt habe. Die Bedenken gegen die Ueberspannung der Roggenpolitik seien aber in der letzten Zeit besonders gewachsen, da sie eine Verteuerung des Brotes zur Folge haben könne. Die Politik, die von den Deutschnationalen vertreten werde, sei aber völlig unmöglich, da durch sie die Produktionskosten für die Veredelungswirtschaft und damit Fleisch und Molkereiprodukte unendlich verteuert würden.

Vor dieser Diskussion wurde Reichsfinanzminister Dietrich, der bis zum April 1930 Reichsernährungsminister war, über die Vorgänge vernommen, die zu der Berufung Dr. Baades zum Reichskommissar für die Roggenwirtschaft geführt haben. Dietrich sagte aus, dass damals die Frage aufgetaucht sei, wie man die verlustbringende Einfuhrscheinpolitik durch andere, für die Landwirtschaft wirkungsvollere Massnahmen ablösen könnte. Da gerade Dr. Baade für diese Aufgabe geeignet erschienen sei, habe er ihn zum Getreidekommissar ernannt. Für

die Landwirtschaft sei das kein Schaden, sondern ein Vorteil gewesen; denn damals habe man die Agrarpolitik mit Unterstützung der sozialdemokratischen Partei umgestellt. Ohne diese Umstellung würde die Landwirtschaft heute pleite sein.

SPD. Dresden, 24. April (Eig. Drahtb.)

Am Montag tritt in Dresden eine Erhöhung des Brotpreises um $1\frac{1}{2}$ Pfennig pro Pfund ein. Oberbürgermeister Dr. Kütz hat sich bei der Reichsregierung bisher vergeblich bemüht, diese Erhöhung zu verhindern. Es schweben Verhandlungen, den Brotpreis für die Fürsorgeempfänger auf der bisherigen Höhe zu halten.

SPD. Paris, 24. April (Eig. Drahtb.)

Wie aus Lissabon gemeldet wird, kam es in Oporto zu Massekundgebungen gegen die Diktatur. Die Behörden sollen zur Wiederherstellung der Ruhe Polizei und Truppen aufgebieten haben, die mit der Schusswaffe gegen die Manifestanten vorgingen. Mehrere Personen sollen getötet worden sein. Ausserdem wird gemeldet, dass die Reserveklassen 1926 bis 1929 eingezogen und die in Urlaub befindlichen Offiziere zu ihren Regimentern zurückgerufen worden sind.

Nach einem weiteren Telegramm sind am Freitag zwei zu Küstenwachtschiffen umgewandelte Fischereidampfer; zwei Torpedobootszerstörer und ein Hilfskreuzer von Lissabon nach Madeira in See gegangen, da sich die dortigen Aufständischen immer noch nicht ergeben haben. Am Donnerstag waren unter dem Befehl des Marineministers bereits zwei Hilfskreuzer nach Madeira ausgefahren.

SPD. Stuttgart, 24. April (Eig. Drahtb.)

Am Sonntag findet in Stuttgart die Oberbürgermeisterwahl statt. Aller Voraussicht nach wird der gegenwärtige Oberbürgermeister Dr. Lautenschläger wiedergewählt. Nazis und Kommunisten haben eigene Kandidaten aufgestellt.

Die Agitation für den nationalsozialistischen Kandidaten, den Gaswerksbeamten Stroelin überpurzelt sich förmlich in gehässigen und unwahren Behauptungen über die amtliche Tätigkeit des bisherigen Oberbürgermeisters Lautenschläger, sodass sich die Stadtverwaltung genötigt sah, sowohl in der Presse wie auch mündlich auf dem Rathaus in einer Abteilungssitzung des Gemeinderats durch amtliche Erklärungen diese zum Zwecke einer persönlichen Hetze ausgestreuten Unrichtigkeiten kurz und bündig zu widerlegen. Noch kürzer aber machte es Lautenschläger selbst, der sich auf die Veröffentlichung folgender Sätze beschränkte: "Die Freunde des Herrn Stadtammannes Dr. Stroelin haben sich neue Kampfmittel zugelegt. Sie stammen vornehmlich aus dem Arsenal des früheren Stadtpflegers Wagner, des Mannes, der mir ewige Rache geschworen zu haben scheint - warum, hat noch niemand ergründen können. Alle Lügen, Gemeinheiten und Ehrabschneidereien werden mich nicht aus der Fassung bringen. Der Bürger hat die Wahl!"

SPD. Amsterdam, 24. April (Eig. Drahtb.)

Das Endergebnis der niederländischen Provinziallandtagswahlen zeigt, dass die Sozialdemokratie allein Sieger dieses Wahlkampfes ist. Sie erhöhte die Gesamtzahl ihrer Landtagssitze gegenüber den Wahlen von 1927 von 120 auf 130, die Zahl der auf sie abgegebenen Stimmen von 609 000 auf rund 749 000 oder 22,9 %. Keine andere Partei hat einen auch nur ähnlichen Gewinn an Sitzen und Stimmen zu verzeichnen. Vielmehr verzeichnen die bürgerlichen Mittelparteien,

aber auch die Freisinnigen und Demokraten einen auffallend starken Rückgang. Die Demokraten büssten insgesamt 6 Sitze ein. Die Kommunisten gewannen 3 Sitze und werden in verschiedenen Landtagen künftig insgesamt 10 Vertreter zählen. Die neu aufgetretene Gruppe der Revolutionären Sozialistischen Partei ist zum ersten Mal mit 2 Landtagsabgeordneten vertreten.

Die Gesamtzahl der abgegebenen Wählerstimmen betrug 3,2 Millionen gegenüber 2,9 Millionen im Jahre 1927.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: "Die Anwohner des Parteihauses der NSDAP in der Hedemannstrasse haben wiederholt über Angriffe und Anpöbeleien durch die sogenannte "Wache" im vorgenannten Parteihaus Beschwerde geführt. Auf Grund dessen wurde am Freitag 17.15 Uhr eine überraschende polizeiliche Kontrolle im Parteihaus der NSDAP durchgeführt. Es wurden 5 Personen, die durch ihre Kleidung gegen das Uniformverbot verstossen haben, festgenommen und zur Abteilung Ia gebracht. Gegen einen der Festgenommenen wurde weiterhin wegen Widerstandes ein Strafverfahren eingeleitet.

SPD. Köln, 24. April (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Ley hatte sich am Freitag vor dem Schöffengericht Köln in nicht weniger als vier Beleidigungsprozessen zu verantworten. In einem Falle wurde Ley freigesprochen, im zweiten zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, während die anderen beiden Prozesse vertagt wurden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Reichskanzler Dr. Brüning empfing heute Nachmittag den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele zu einer eingehenden Aussprache über das Gesamt-Agrarpolitische Programm. Die Frage war am Donnerstag im Rahmen der Gesamterörterung des Arbeitsprogramms der Reichsregierung bereits in grossen Umrissen besprochen worden und wird am Sonnabend im Kabinett im einzelnen zur Beratung kommen.

Anm.f.d.Red.: Mit gleicher Post bringen wir eine Maimater zum Versand.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

aus aller Welt

Der Zensor geht um!

Liebliche Aussichten für die deutsche Film-Industrie.

SPD. Um die Zukunft des deutschen Films muss man fürchten. Die letzten Streiche der Berliner Filmprüfstelle erscheinen von einer Engstirnigkeit und geistigen Einseitigkeit diktiert, dass eine heillose Unsicherheit in der gesamten deutschen Filmindustrie die Folge sein kann. Nach den Verboten der "Cousine aus Warschau" und des UFA-Tönfilms "D=Zug 13 hat Verspätung" hat es wirklich dreizehn geschlagen, und man weiss bei dieser Praxis der Sittlichkeitsapostel der Filmprüfstelle in der Tat nicht mehr, was nach deren Meinung gehauen und gestochen, anstosserregend oder moralisch einwandfrei ist. Die deutschen Lichtspieltheaterbesitzer, die dieser Tage in München ihre Jahreshauptversammlung abhielten, forderten angesichts des bedenklichen Besucherrückganges in den Kinos die Herstellung besserer Filme - eine Forderung, die im Hinblick auf die allgemeine Wiener Walzer- und Kasernenhofkonjunktur der deutschen Filmindustrie von der verantwortungsbewussten Kritik nur auf das Nachdrücklichste unterstützt werden kann. Nach den Vorgängen aber, die man in der allerletzten Zeit in der Filmprüfstelle erleben musste, braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn die Diktatoren der weissen Leinwand diese in Zukunft nur noch von vertrottelten Offiziersburschen und anderen harmlosen und unproblematischen Filmfiguren bevölkern lassen wollen.

Es ist wahr, es gibt eine Oberfilmprüfstelle, und manches Unheil, das von deren Unterkammer, der Filmprüfstelle, angerichtet wurde, ist in dieser höheren Instanz gutgemacht worden. Aber im Grunde ist auch hier alles Glückssache, alles von der jeweiligen Zusammensetzung des Prüfungsforums abhängig. Doch bei aller berechtigten Kritik gegen offenbare Geschmacklosigkeiten geht es nun einmal wirklich nicht an, dass einzelne Stellen, sowie die Gesamttendenz eines Films von irgendwelchen mehr oder minder reaktionär gesinnten Kleinbürgern beurteilt werden, die in ihrem Berufe sicher recht Tüchtiges leisten mögen, aber zum Film, zu den wahren Problemen des künstlerischen Schaffens und zu den tieferen Ideen der Pädagogik keinerlei innere Beziehungen haben. Öffentlichkeit der Sitzungen der Prüfstellen und sachlichere, klügere Auswahl der Beisitzer sind Forderungen, die längst verwirklicht hätten werden müssen.

Vor wenigen Wochen noch konnte man glauben, dass es in Deutschland nur eine einseitig politische Filmzensur gäbe: dem skandalösen Verbot von "Im Westen nichts Neues" folgte der nicht minder schwarzweissrote Fall und Unfall des unterdrückten sozialdemokratischen Werbefilms "Im dritten Reich". Aber inzwischen wurde man eines anderen belehrt. Das Lied von der Zensur wurde melodisch fortgesetzt mit dem "Lied vom Leben". Man konnte davon überzeugt sein, dass das Kunstwerk, das der namhafte russische Regisseur Granowski in langer Arbeit in den Ateliers von Berlin-Staaken fertiggestellt hatte, bestimmt nicht so unsittlich und ehebeschimpfend sei, wie es die Filmprüfstelle und die Oberfilmprüfstelle in ihren Kommuniqués andeuteten. Nach den Worten, die man von diesen Stellen zu lesen bekam, musste man es hier freilich mit recht verwerflichen Bildprodukten eines degenerierten Künstlerhirns zu tun haben; auch dass der so begabte Chansonier Walter Mehring einige Texte beigesteuert hatte, erschien den Zensoren von vornherein anstössig. Aber nun ist ein Wunder geschehen: kaum dass innerhalb ganz kurzer Zeit Granowski an den Film, dessen Vorführung allenfalls vor einem Forum von Aerzten erlaubt werden sollte, einige kleine Aenderungen gemacht hat, passiert er nicht nur die nunmehr in ihrem

Beurteilungsstab schon wieder anders zusammengesetzten Zensurkollegien, sondern erhält obendrein von der "Zentralstelle für Erziehung und Unterricht" das Prädikat "künstlerisch wertvoll" - ein für den Verleih des Films nicht unwesentlicher Umstand, da diese Abstempelung praktisch eine beträchtliche Steuerermäßigung nach sich zieht. Nun wird sich also das Publikum selbst davon überzeugen können, dass das "Lied vom Leben", in dem die Befreiung eines Mädchens aus der Gefahr einer widerlichen Interessenheirat und sein Weg in ein Leben des Glücks und der Liebe geschildert wird, in Wirklichkeit nicht eine Propaganda der Unsittlichkeit, sondern im Gegenteil ein Werk der höchsten Ethik ist. Was aber wird das Publikum noch sehen? Dass es für das Verhalten dieser Zensur nur die Zensur "ungenügend" geben kann.

Es folgte das Verbot der "Cousine aus Warschau"; es handelt sich um die Verfilmung der gleichnamigen Komödie des französischen Autors Louis Verneuil, um ein Stück also, das seit Jahren bereits über alle europäischen Bühnen gegangen ist. Durchaus denkbar, dass das Stück künstlerisch nicht sehr wertvoll, vielleicht auch von allen möglichen anderen Gesichtspunkten aus angreifbar ist - wir wissen das nicht. Aber nun höre man den Standpunkt der Zensur: "Die Frivolität des ganzen Stoffes und der gesamten Darstellung findet ihren Einsatzpunkt bereits im allerersten Dialog des Filmstreifens" (der Schauspieler Szöke Szakall sucht in Hemdsärmeln einen Kragenknopf), "die eine ziemlich eindeutige Anspielung auf ein Bordellmilieu ist und sich erst nachträglich durch das Bild als harmlos herausstellt". In diesem Tone geht die Ziererei und Zensiererei stundenlang weiter, um zu der Konsequenz zu kommen, dass der Film "eine einzige Verhöhnung der Ehe, der Liebe, der Frau und des Mannes darstellt".-

Das letzte Filmverbot ist nun erst am Donnerstag ausgesprochen worden. Herr Hugenberg dürfte aus allen Wolken gefallen sein, als er hören musste, dass selbst seine UFA vor den Blitzen der verletzten Zensorensittlichkeit nicht gefeit ist. Denn "D=Zug 13", der am Freitag abend in Berlin uraufgeführt werden sollte, ist ein UFA-Kriminaltonfilm, zu dem die Reichseisenbahn sogar ihre Lokomotiven und Waggons zur Verfügung gestellt hatte. Aber erstens fanden die Zensoren, Lehrerin Bierbach und Jugendfürsorgerin Harder, dieses und jenes als "sittlich verrohend". Ferner hat man sich über einen Kinobrand, der in dem Film vorkommt, geärgert - er könnte die Besucher aus dem Kino verscheuchen... Fast komisch aber ist, dass in der Tatsache eines Attentats auf einen im D=Zug 13 reisenden imaginären Präsidenten eine Verführung zu weiteren Attentaten auf wirkliche Staatsmänner gesehen wird!

Es wird dringend davor gewarnt, jetzt etwa den Wilhelm Tell verfilmen zu wollen! Nur Kasernenhofzauber scheint als moralisch einwandfrei erlaubt zu sein. Wer weiter geht, wird von der Filmzensur erschossen.

Ego.

+ + +
Dampferkatastrophe. Der chinesische Dampfer "Getaisan" ist auf dem Wege von Sankulirang nach Samarinda (Borneo) mit 31 Passagieren und sechs Mann Besatzung gesunken.

+ + +
In den Alpen abgestürzt. An der Nordseite des Finsteraarhorns (Schweiz, Berner Oberland) stürzten drei Studenten, die sich verirrt hatten, eine Steilwand von 200 Meter Höhe ab, und erlitten schwere Beinverletzungen. Ein vierter Student, der infolge mangelnder Gebirgsausrüstung zurückgeblieben war, eilte den Abgestürzten zu Hilfe und brachte unter ungeheuren Anstrengungen einen nach dem anderen zur Finsteraarhornhütte. Von dort aus begab sich der Retter in einem mühseligen Marsch durch anderthalb Meter Neuschnee nach der Station Jungfrau=Joch, von wo aus eine aus 15 Bergführern gebildete Hilfskolonne aufbrach, um die verunglückten Studenten zu holen. Trotz des herrschenden Föns glückte das gefährliche Rettungswerk. Die Verunglückten konnten nach Anlegung von Notverbänden vom Jungfrau=Joch mit der Bahn abtransportiert werden.

+ + +

Selbstmordversuch vor Gericht. Zu einer aufregenden Szene kam es am Freitag mittag vor der Berufungskammer des Landgerichts III in Berlin. Ein bereits mehrfach vorbestrafter Diener, der sich wegen zweifachen versuchten Diebstahls verantworten sollte, verschluckte zu Beginn der Verhandlung eine zerriebene Veronaltablette und trank ausserdem ein Benzinfläschchen aus. Der Angeklagte fiel bewusstlos zu Boden, wand sich in Krämpfen, wurde jedoch zum Bewusstsein und zur Verhandlungsfähigkeit gebracht: er erhielt für seine Taten zwei Jahre drei Monate Gefängnis.

+ + +
Um das Reichsehrenmal. Am Freitag fand im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Wirth mit den Vertretern der deutschen Frontkämpferverbände eine Besprechung wegen des bei Berka (Thüringen) zu errichtenden Reichsehrenmals statt. Wie Dr. Wirth mitteilte, beabsichtigt der Reichspräsident die Errichtung einer Stiftung, die die Schaffung und Erhaltung des Reichsehrenmals in Form des geplanten Ehrenhaines gewährleistet. Der Landkreis Weimar hat das notwendige Gelände, das Land Thüringen das nötige Geld zur Verfügung gestellt. Vorsitzender der Reichsehrenmalstiftung soll Staatssekretär Zweigert vom Reichsministerium des Innern werden.

+ + +
Bombenverbrechen. Chinesische Banditen sprengten zwei Dampffähren, deren Passagiere sich nicht zu einer "Schutzabgabe" erpressen lassen wollten, mit Bomben in die Luft. Mehr als 60 Menschen wurden getötet.

+ + +
Fast ein Märchen. Die Frau eines Berliner Handwerkes hatte einem Bettler ein Paar Schuhe ihres Mannes geschenkt, nicht ahnend, dass der Mann in einem der Schuhe seine ganzen Ersparnisse versteckt hatte: 1500 Mark. Der Bettler hatte aber auch nichts gemerkt, sondern die Schatzstiefel ebenso ahnungslos an einen Schuhmachermeister weiter verkauft. Da aber die Sache mittlerweile in die Zeitung gekommen war, kam der ehrliche Schuster auch zu dem Verlustträger und lieferte diesem seinen Besitz auf Heller, Pfennig und die Stiefel wieder aus...

+ + +
Gesperrter Schlachthof. Einer der grössten Berliner Schlachthöfe, der Vieh- und Schlachthof in der Landsberger Allee im Osten der Stadt, musste auf Veranlassung der Veterinärpolizei zur Durchführung von Abschlachtungs- und Desinfektionsarbeiten auf einige Tage gesperrt werden, weil bei einer tierärztlichen Kontrolle bei eingeführten Schweinen die Maul- und Klauenseuche festgestellt wurde. Da etwa 24 000 Stück Vieh geschlachtet werden müssen, ist mit einer vorübergehenden Senkung der Berliner Detailfleischpreise zu rechnen.

+ + +
Der Zahn der Vorzeit. Auf dem Waldfriedhof Gerresheim bei Düsseldorf wurde bei Ausgrabungsarbeiten ein etwa ein Meter langer Mammutzahn gefunden, dessen Alter auf etwa 20 bis 50 000 Jahre geschätzt wird.

+ + +
Drama der Zeit. In Kassel wurden ein 50 Jahre alter Inhaber eines Trikotengeschäftes, seine 70-jährige Mutter und seine 48-jährige Schwester mit Gas vergiftet aufgefunden. Wirtschaftsnot ist das Motiv des gemeinsamen Freitodes.

+ + +
Moskau in Ueberschwemmungsnot. Das Frühjahrshochwasser richtet in Russland grosse Verheerungen an. Da die Moskwa über ihre Ufer getreten ist, sind in den Vororten Moskaus zahlreiche Strassen überschwemmt. Der Beresina-Fluss riss bei Bobrujsk mehrere Brücken mit sich. Einige hundert Gehöfte wurden bei Boryssow überflutet.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Braunskommission und Vierzigstundenwoche.

Unangebrachte und berechtigte Kritik.

SPD-Fiasko der Braunskommission? Mit dieser Frage beginnt ein von der "Germania" veröffentlichter Rechtfertigungsversuch der bisherigen Arbeit der Arbeitslosengutachter. Ihre ersten Vorschläge zur Entlastung des Arbeitsmarktes, so heisst es in diesem Entlastungsversuch, hätten in der Öffentlichkeit keine allzu freundliche Beurteilung erfahren. Besonders gelte das von den Stimmen aus dem rechten Lager. Auch die Kritiker müssten aber zugeben, dass die Vorschläge der Braunskommission äusserst vorsichtig gehalten seien. Sie nähmen sorgfältig Rücksicht auf die wirtschaftliche und technische Lage des einzelnen Betriebs. Es habe bisher auch kein Kritiker nachzuweisen versucht, dass die veröffentlichten Beschlüsse der Braunskommission, falls sie verwirklicht würden, einen wirtschaftlichen Schaden anrichten können. Auch der Gesetzentwurf der Braunskommission beweise, dass diese durchaus die Problematik der Arbeitszeitverkürzung sieht. Es sei daher unverständlich, wie man der Braunskommission vorwerfen könne, sie habe sich populären Forderungen gefügt und sie sei gewerkschaftlichen Einflüssen unterlegen.

Nein, so etwas kann man der Braunskommission wirklich nicht vorwerfen. Die Kritiker im rechten Lager scheinen sich das Teilgutachten der Braunskommission sehr schlecht angesehen zu haben; denn die Arbeitgeber haben bestimmt keine Veranlassung, mit dem Kernstück der Kommissionsvorschläge, d.h. mit ihren Arbeitszeitverkürzungsempfehlungen irgendwie unzufrieden zu sein. Wenn jemand unzufrieden und unbefriedigt sein darf und ist, dann die Arbeiterschaft. Wie gross die berechtigte Unzufriedenheit im linken Lager ist, geht überaus drastisch aus einem Aufsatz hervor, den die soeben erschienene neueste Nummer der "Gewerkschaftszeitung", des Organs des ADGB, unter dem Titel "Braunskommission und Vierzigstundenwoche" veröffentlicht. Gleich einleitend betont die Gewerkschaftszeitung, dass die Vorschläge der Kommission zur Frage der Arbeitszeitverkürzung "eine schwere Enttäuschung der deutschen Arbeiter" darstellen. Die Arbeitgeber dürften sich beglückwünschen; denn es werde weder eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden vorgeschlagen noch irgend ein positiver Vorschlag zur Bekämpfung des Doppelverdienens gemacht.

Mit einer, auf genauer Sachkenntnis beruhenden, in die Details scharf eindringenden Kritik wieder in der Gewerkschaftszeitung die Unzulänglichkeit der Kommissionsvorschläge aufgezeigt. Zunächst wird die Unklarheit der vorgeschlagenen Verwaltungsmassnahmen beleuchtet. Das Gutachten verlangt für die öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Betriebe des Reichs, der Länder und Gemeinden, einschliesslich Reichsbank, Reichspost und Reichspost, einen Abbau der langen Arbeitszeiten, aber nur "soweit irgend entbehrlich". Die Gewerkschaftszeitung stellt daher die Frage, ob denn nun diese Empfehlung nur die über 48 Stunden hinausgehende Arbeitszeit beseitigen wolle oder ob wirklich die 40-Stunden empfohlen werde. Sie fügt hinzu, dass auch die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung etwas für Arbeitszeitverkürzung tun könne, wenn sie erst einmal im eigenen Laden Ordnung schaffen und eine Personalpolitik aufstecken wolle, die das Gros der Angestellten zu einer unerhört langen Arbeitstätigkeit zwingt.

Zu den Vorschlägen der Kommission bezüglich gesetzlicher Massnahmen zur Aenderung der Arbeitszeit bemerkt die Gewerkschaftszeitung, die Reichsregierung werde nur bevollmächtigt, für einzelne Berufe die gesetzlich zulässige Normal-

arbeitszeit bis auf 40 Stunden zu beschränken, und zugleich würden hohe Stachelzäune errichtet, um die Anwendung dieser Vollmacht möglichst zu erschweren. Die Arbeitszeitverordnung bleibe in ihrem Wesenskern unangetastet. "Keine generelle Verkürzung der Arbeitszeit, keine Beschränkung der zahllosen Ueberarbeitsmöglichkeiten, kein Verzicht auf die 1923 den Gewerkschaften aufgezwungene Bestimmung, dass der Tarifvertrag bis zu täglich 10 Stunden vereinbart werden kann, keine Aenderung der verrückten, früher der deutschen Arbeitszeitregelung fremden Bestimmung, dass Sonntagsarbeit nicht in das gesetzliche Höchstmass der Wochenarbeitszeit eingerechnet wird, keine Aenderung der Bestimmungen, wonach nur die für den einzelnen Arbeitgeber angewandte Arbeitszeit massgebend ist und dass, wenn Beschäftigung bei mehreren Arbeitgebern vorliegt, die Gesamtarbeitszeit bis ins Blaue hinein gesteigert werden darf." Jeder grundsätzliche Eingriff in das geltende Arbeitszeitrecht erscheine der Kommission "bedenklich". Gewissenhaft würden die "Bedenken" und Einwände der Arbeitgeber registriert, die Gegenäusserungen der Arbeitnehmer würden kaum erwähnt. Theoretisch komme die Kommission zu einem mutigen Bekenntnis für Arbeitszeitverkürzung, praktisch aber letzten Endes zu mehr als mageren Vorschlägen. Grundsätzlich sollten alle Betriebe mit weniger als 10 Arbeitnehmern von der Arbeitszeitverkürzung ausgenommen, aber auch die grösseren Betriebe beileibe nicht generell erfasst werden. Für manche Berufsgruppen wie Bergbau, Baugewerbe, andere Saisonbetriebe, Verkehrsgewerbe, Gast- und Schankwirtschaft und Handelsgewerbe werde eine vorsichtige Behandlung gefordert. Das ganze sei nichts anderes als "weisse Salbe", denn bei den vorgesehenen Einschränkungen komme praktisch kaum eine nennenswerte Arbeitszeitverkürzung heraus.

Die Einstellung der Braunkommission zur Vierzigstundenwoche - so lautet zusammenfassend das Urteil - ist mehr denn ungenügend. Nicht minder ungenügend sind ihre weiteren Vorschläge. Die Kommission lässt alles bestehen, auch das Recht, durch Tarifvertrag die Arbeitszeit bis zu täglich 10 Stunden auszudehnen. Sie will den Pelz waschen, ohne ihn nass zu machen. Wenn man im Arbeitsministerium sehr "befriedigt" sein sollte - die Gewerkschaften sind keineswegs befriedigt. Sie könnten solche Regelung nicht einmal als Abschlagszahlung werten und sie werden ihren Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit mit allen Mitteln fortsetzen.

+ + +

Die Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter sind von der Braunkommission ganz besonders enttäuscht worden. Das Gutachten der Kommission schlug vor, von einer Arbeitszeitverkürzung bis zu 40 Stunden alle Betriebe, die in der Regel weniger als 10 Arbeitnehmer beschäftigen, auszuschalten. Das bedeutet für die Berufe der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie, dass von den nach der amtlichen Betriebszählung bestehenden 293 372 Betrieben 259 160 oder 88,3% aller Betriebe auszuschneiden hätten. Durch diese Ausschaltung der Handwerksbetriebe von der Neuregelung der Arbeitszeit würde aber eine fühlbare Konkurrenz mit den wenigen vorhandenen Grossbetrieben entstehen, so dass diese die Vierzigstundenwoche ebenfalls nicht durchführen. Die Vorlage der Gutachterkommission ist also für die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie unnehmbar.

SPD. Vor kurzem haben wir auf die Geldvergeudung durch die Doppelzählung der Arbeitslosen in der Reichsanstalt und im Statistischen Reichsamt hingewiesen. Wir müssen uns korrigieren. An der Zählerei beteiligen sich noch viel mehr Stellen. So werden z.B. die Wohlfahrtserwerbslosen von den Arbeitsämtern und von den Bezirksfürsorgeverbänden erfasst, und in den statistischen Landesämtern werden infolgedessen nun auch noch Wohlfahrtserwerbslosen-Statistiken veröffentlicht. Die Bevölkerung wird durch dieses fortgesetzte Zahlenbombardement nur verwirrt: Neue Zahlen, alte Zahlen - nach den neuen und für alle möglichen Bezirke! Ihr Herren, haltet ein mit Eurem Segen!

Man sieht hier wieder einmal, wie dringend notwendig die von den Gewerkschaften geforderte Vereinfachung der Arbeitslosenbetreuung durch Zusammenlegung der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge auch aus Ersparnisgründen ist. Wenn man weiss, wie lange es dauert, bis eine amtliche Veröffentlichung den Instanzenweg durchlaufen hat, dann wird einem angst und bange vor dieser sinnlosen Geldvergeudung.

SPD. Der Schlichter für Westfalen hat im Rahmentarifstreit des Ruhrbergbaus die Tarifparteien auf Montag, den 4. Mai, zu Schlichtungsverhandlungen nach Dortmund geladen.

SPD. Der Schiedsspruch im Gehaltsstreit für die Angestellten der Nordwestgruppe ist von den Arbeitgebern angenommen, von den Angestelltenverbänden abgelehnt worden. Ein Antrag auf Verbindlichkeitserklärung von Seiten der Unternehmer steht noch aus.

+ + +

In Essen befasste sich am Freitag eine Funktionärkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit den Aenderungsvorschlägen der Arbeitgeber für den Rahmentarif Nordwest. Die Gewerkschaften werden die am Montag stattfindenden Parteiverhandlungen abwarten, um nach der Entgegennahme der Begründung der Arbeitgebervorschläge ihre eigenen Vorschläge auszuarbeiten. Am Sonntag den 3. Mai wird der Deutsche Metallarbeiterverband in Essen eine grosse Kundgebung veranstalten, bei dieser Gelegenheit wird er seine Gegenvorschläge bekanntgeben.

SPD. Für die thüringischen Gemeindearbeiter wurde am Sonnabend vom Zentralausschuss nach vielstündigen Verhandlungen ein Schiedsspruch gefällt. Er sieht folgende Neuregelung vor: Mit Wirkung ab 6. April sinkt der Ecklohn, d. h. der Lohn des Handwerkers in der I. Ortsklasse um 5 Pfennig pro Stunde. Die übrigen Löhne errechnen sich nach dem festgelegten Verhältnis. Bei einer Verkürzung der Arbeitszeit unter 42 Stunden bleibt der vor dem 1. April gültige Lohn bestehen. Die Neuregelung läuft bis zum 30. September.

SPD. Für die Wasserbauarbeiter ist in den Lohnverhandlungen, die am Donnerstag neu aufgenommen worden waren, vom Schlichter Joetten folgender Vorschlag für eine Vereinbarung gemacht worden: Die Löhne werden vom 25. April ab gekürzt und zwar bis einschliesslich 65 Pfennig um 2 Pfennig, von 65 bis 69 um 3, von 70 bis 85 um 4, von 86 bis 1 Mark um 5 und die Löhne über 1 Mark um 6 Pfennige.

Die Arbeitnehmer haben dem Vorschlag zugestimmt. Die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums erklärten, sich im Ministerium für den Vorschlag einsetzen zu wollen. Die Erklärungsfrist läuft bis Sonnabend, den 25. April.

In einer Protokollnotiz wurde noch festgestellt, dass die Parteien, wenn es zu einer Arbeitszeitverkürzung durch Gesetz oder Notverordnung kommt, zusammentreten, um über die Frage des Lohnausgleichs zu verhandeln.

Wirtschaft Technik Handel

Eine Bilanz der Kapitalneubildung.

(Investitionen = 39 Milliarden Mark, Aufbringungen = 48 Milliarden Mark)

SPD. Der erste Abschnitt des Aufbaus der deutschen Wirtschaft nach dem Krieg fällt in die Zeit von der Inflation bis zum Eintritt der Wirtschaftskrise. Man hat diese Zeit als Periode der Kapitalsneubildung bezeichnet. Vor allem galt es, die Wirtschaft von den Kriegs- und Inflationsverhältnissen auf normalere Verhältnisse umzustellen (Rationalisierung) und sie mit Vorräten zu versorgen (Lagerbildung).

Woher hat die deutsche Wirtschaft die benötigten Summen genommen? Ihr standen mehrere Quellen zur Verfügung, einmal Kredite, weiter die Überschüsse aus dem Handels- und Zahlungsverkehr, dann die durch gesetzlichen Zwang begründete Sparkapitalbildung bei der Sozialversicherung, den öffentlichen Körperschaften usw., dann aber die private Sparkapitalbildung. Man darf dabei nicht nur an die Einlagen in Sparkassen usw. denken. Unter diese private Sparkapitalbildung fällt vor allem der Druck auf den Reallohn, gleichgültig, ob dieser in niedrigen Nominallöhnen oder in hohen Preisen zum Ausdruck kam. Tatsache ist doch, dass man durch den Druck auf den Nominallohn, dadurch, dass man die schaffenden Massen nicht hinreichend an den Rationalisierungsgewinnen beteiligte, die Gewinne in der Wirtschaft während der Wiederaufbaukonjunktur beispiellos gesteigert hat. Diese Gewinne flossen zum Teil unmittelbar in den Wiederaufbauprozess in Form von hohen Abschreibungen usw. (Selbstfinanzierung). Sie sind aber auch aus steuerlichen und politischen Gründen nach dem Ausland geflüchtet worden. Wenn man sich ein Bild über die finanziellen Vorgänge in der deutschen Wiederaufbauperiode machen will, müssen gerade diese Faktoren berücksichtigt werden. Was leider zahlenmässig kaum möglich ist. Unter diesem Mangel leidet auch der Versuch des Konjunkturforschungsinstituts, eine Bilanz über die Kapitalbildung und Investitionen in der deutschen Volkswirtschaft während der Jahre 1924 bis 1928 zu geben.

Aus dem Gesagten geht schon hervor, dass die Aufbringung von Kapital sich nicht mit den Investitionen deckt. Welches Ausmass hat nun der Wiederaufbau in Deutschland gehabt? Das Konjunkturforschungsinstitut schätzt, dass die deutsche Wirtschaft in den 5 Jahren von 1924 bis 1928 für den Ausbau der Anlagen - es handelt sich hier nur um zusätzliche Investitionen - und für die Vermehrung der Lagerbestände insgesamt 39,3 Milliarden Mark aufgewendet hat.

Davon entfallen rund zwei Drittel (das sind 26,8 Milliarden) auf Anlageinvestitionen, und ein Drittel (12,5 Milliarden) auf Lagerzunahme. An den 39,3 Milliarden Anlagen- und Vorratsinvestitionen ist die Industrie mit fast 9 Milliarden (23 % der ermittelten Gesamtinvestitionen der deutschen Wirtschaft) beteiligt, die öffentliche Verwaltungswirtschaft mit 5,7 Milliarden (14,4 %), die Wohnungswirtschaft mit 5,4 (13,8 %), der Einzelhandel mit 5,1 (13 %), und das Verkehrswesen mit 4,3 Milliarden (11 %). Zwischen 2 und 3 Milliarden liegen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung (etwa 2,7 Milliarden). Für die Landwirtschaft kommen 2,6 Milliarden, den Grosshandel 2,2 Milliarden und das Handwerk 1,3 Milliarden in Frage.

Von den Gesamtinvestitionen in Anlagen (26,8 Milliarden) entfallen 5,7 Milliarden, also mehr als 21 %, auf die öffentliche Verwaltungswirtschaft. Fast

ebenso hoch waren die Aufwendungen für den Wohnungsbau (5,4 Milliarden = 20 % der Anlageinvestitionen). Es folgen das Verkehrswesen mit 4,4 Milliarden (16%) und die Industrie mit 3,5 Milliarden (13 %). Elektrizitäts-, Gas- und Wasser-versorgung beanspruchten 2,6 Milliarden (10 %), die Landwirtschaft einschliesslich Forstwirtschaft, Gartenbau und Molkerei 2,4 Milliarden (9 %).

Von den Mitteln, die zur Bildung der Vorräte verwendet worden sind (12,5 Milliarden), beanspruchte die Industrie 5,4 Milliarden (43 %). Ihr folgt der Einzelhandel mit 4,4 Milliarden (36 %). Auf den Grosshandel entfällt der überwiegende Teil des Restes: 1,9 Milliarden = 15 %. Der Lagerzuwachs beim Handwerk wird mit 600 Millionen geschätzt (= 4,5 %).

Gerade die Lagerbildung gibt Veranlassung zu einer kritischen und weittragenden Bemerkung. Im Handel und im Handwerk wird der Lagerzuwachs auf 6,9 Milliarden geschätzt. Hier liegt durchaus Selbstfinanzierung vor, womit die Ueberhöhung der Preise in Deutschland erst im richtigen Licht erscheint.

Man darf annehmen, dass die ungeheure Summe von fast 40 Milliarden, die in 4 Jahren in der deutschen Wirtschaft investiert wurde, zum grossen Teil gegenwärtig - und für weite Teile kann man wohl sagen: für immer - nicht rentabel ist. Das ist eine Folge der Kapitalfehlleitung, die logischerweise zur Kapitalvernichtung führt. Hier liegen zweifellos mit die Gründe für eine Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland.

Bei der Erfassung des Kapitalzuwachses wendet das Konjunkturforschungsinstitut zwei Methoden an. Einmal geht es von dem Zuwachs an bereitgestellten Geldmitteln in der deutschen Volkswirtschaft während der Zeit von 1924 bis 1929 aus. Danach ergibt sich ein Zuwachs von 43 Milliarden Mark (1924 = 5,6 Milliarden, 1925 = 5,8, 1926 = 10,1, 1927 = 7,2, 1928 = 7,5, 1929 = 6,8 Milliarden). Dieser Weg hat seine Mängel. Sicherer erscheint der Ausgang vom Zuwachs der Verschuldung. Wenn man den Zuwachs an langfristiger und kurzfristiger Verschuldung berücksichtigt und die Auslandskredite ausschaltet, dann ergibt sich ein Zuwachs von 48,3 Milliarden Mark (1924 = 8,8, 1925 = 5,7, 1926 = 9,1, 1927 = 9,1, 1928 = 8 und 1929 = 7,6 Milliarden). Das ist, wohl gemerkt, Kapital, das im Lande selbst aufgebracht ist.

Selbstverständlich kann diese Schätzung nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Naturgemäss muss die wirkliche Aufbringung weit über den vom Konjunkturforschungsinstitut genannten Summen liegen. Bemerkenswert erscheint der ungeheure Unterschied zwischen den Investitionen und der Aufbringung. Er lässt recht interessante Schlüsse zu, u.a. ohne Zweifel auch auf die Stärke der Kapitalflucht.

Auch gegen die politische Phrase bietet die Bilanz des Konjunkturforschungsinstituts wertvolles Material. Berücksichtigt man die Goldbestände der Reichsbank usw. in Höhe von 2,3 Milliarden Mark, so ergibt sich ein Zuwachs an Sachkapital in der deutschen Wirtschaft von 1924 bis 1928 in Höhe von fast 42 Milliarden Mark. Dem steht ein Zuwachs der Auslandsverschuldung von etwa 13,5 Milliarden Mark gegenüber. Wenn man also sagt, man habe im Ausland Kredit genommen, um die Reparationen zu bezahlen, und habe während der Zeit von der Substanz gelebt, so deckt sich das nicht mit den Zahlen. In Wirklichkeit liegt ein Nettozuwachs an Sachkapital vor, der für 5 Jahre auf 28 Milliarden Mark zu schätzen ist.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 24. April: I. 125 Mark, II. 117 Mark, III. 103 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig. (Preise unverändert).

Ende der Aufwertungshausse.

(Börsenbericht für die Woche vom 20. bis 25. April)

SPD. Berlin, den 25. April 1931.

Unter zahlreichen Schwankungen, vor allem innerhalb derselben Tagesbörsen, sind die massgebenden Papiere in der letzten Woche, wie im ganzen Monat April, sozusagen auf der Stelle getreten. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen, auch solche Ausnahmen, bei denen für das Steigen der Kurse sachliche Unterlagen vorliegen, aber auch Ausnahmen, wo mit der genügenden Geschicklichkeit künstlich nachgeholfen wurde.

Im grossen und ganzen kann man sagen, dass die uniforme Aufwertungshausse der letzten drei Monate zum Stillstand gekommen ist. Die deutsche Börse konnte sich aber gegenüber der ausserordentlichen Schwäche an allen internationalen Plätzen, so vor allem in New York, London und Amsterdam, behaupten. Immerhin kann man daraus folgern, dass man an eine wirtschaftliche Besserung glaubt. Damit soll allerdings kein Urteil über den weiteren Verlauf gefällt werden, weil die Börsentendenz leicht äusseren Einflüssen aller Art unterliegt.

Zu den Aussenseitern mit sachlicher Basis zählen vor allem die Kaliaktien. Da die übrigen Konzerne Wintershall nicht mit einer Dividendenkürzung gefolgt sind, konnten sich deren Kurse kräftig bessern. Trotzdem bei Salzdetfurth eine Dividende von 13,5 % abgeschlagen worden ist, steht der Kurs auf 245 % gegen 248 % am Ende der Vorwoche und 249 % zum Ultimo März. Kali Aschersleben notieren nach 9 % Dividendenabschlag 159 % nach 157 % in der Vorwoche und 158 % zum letzten Ultimo. Bei Westeregeln=Kali lauten die entsprechenden Ziffern 9 % Dividendenabschlag, Kurs 163 nach 161 bzw. 167 %.

Zur gleichen Kategorie Spezialitäten zählen ferner I.G. Farben. Ob aber mit Recht, kann erst die am 2. Mai stattfindende Abschlussitzung zeigen. Bisher rechnet man mit unverändert 12 % Dividende, nachdem man sich schon auf eine Kürzung um 2 % eingerichtet hatte. Diese Wandlung führte dazu, dass der Farbenskurs am Freitag 151,75 % nach 146 % in der Vorwoche bzw. nach dem Märzultimo notierte. Gleiche Dividendenerwartungen führten dazu, dass am Elektromarkt die Schuckertaktien eine beträchtliche Aufbesserung durchsetzen konnten. Hier wird die Dividendenentscheidung bereits am 29. April fallen. Jedenfalls erwartet man plötzlich wieder 12 % Dividende und hat daraufhin den Kurs von 135,5 % Ende der Vorwoche und 136 % Ultimo März auf 144 % heraufgesetzt.

Zwei weitere bemerkenswerte Verbesserungen im Laufe des Monats haben verschiedene Gründe. Während im allgemeinen die Bankaktien stabil geblieben sind, zeigen Commerzbank eine Erhöhung gegen den Märzultimo von 113 auf 118,5 %. Die Erklärung liegt darin, dass hier, im Gegensatz zu den übrigen Grossbankaktien, die Dividende für 1930 von 8,1 % noch nicht abgeschlagen ist. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes ergibt sich somit, dass in Wirklichkeit der Kurs annähernd 3 Punkte niedriger liegt, während die übrigen Banken bereits den Abschlag ausgleichen konnten. Bei der zweiten Ausnahme, den Bayerischen Motorenwerken, will man über recht guten Geschäftsgang unterrichtet sein und setzte daraufhin den Kurs von 74,5 % bzw. 75 % bis auf 81,25 % herauf.

Zu den unfundierten Aussenseitern zählen wiederum Kunstseidenaktien. Die Tatsache, dass Verständigungsverhandlungen in dieser Industrie, auch teilweise mit dem Ausland, im Gange sind, besagt noch nichts über den Wert ihrer Aktien. Selbst wenn eine Preisbesserung eintreten sollte, so bedeutet das nur, dass anstatt mit Verlust ohne Gewinn gearbeitet würde. Das aber bringt keine Dividende. Trotzdem ist es den Interessenten an dieser Bewegung gelungen, gewaltige Kursgewinne zu erzielen. Den Kurs der Bembergaktie hat man von 91 % Ende der Vorwoche und 86 % Märzultimo bis auf 104 % heraufgesetzt. Akuaktien stiegen Hand in Hand damit von 83 bzw. 79 % auf 90 %.

Abgesehen von einigen unwesentlichen Besserungen weisen fast alle übrige

gen führenden Werte geringe Abschwächungen auf. Unter starkem Druck der internationalen Schwäche standen Compania Hispano (Chade) und Svenskaaktien. Erstere sanken von Ultimo März 300 bis 282 Mark und letztere von 273 auf (Vorwoche 248) bis 241 Mark pro Stück, um sich bis Freitag auf 254 Mark recht kräftig zu erholen. 2 bis 3 Punkte Ermässigung bildeten im übrigen den Durchschnitt.

SPD. Am 1. Mai tritt für sämtliche europäischen Luftverkehrsgesellschaften der Sommerflugplan in Kraft. Die Deutsche Luft-Hansa wird ihren Sommerdienst annähernd im gleichen Umfang aufnehmen wie im Vorjahre. Sie betreibt 23 internationale Strecken mit Passagierbeförderung und 5 Linien im Spezialpost- und Spezialfrachtdienst und vermittelt den Verkehr nach 28 ausländischen Grosstädten. 52 deutsche Städte erhalten Anschluss an das internationale europäische Luftverkehrsnetz. Während der sommerlichen Hauptverkehrsperiode beträgt die tägliche Flugleistung der Lufthansaflugzeuge rund 50 000 Kilometer. Auch in diesem Jahre wird wieder ein grosser Teil der internationalen Linien gemeinsam mit ausländischen Unternehmungen befliegen wird. Französische, schweizerische, holländische, italienische, österreichische, tschechische und dänische Gesellschaften sind neben der Lufthansa an dem Streckendienst beteiligt.

Für den internationalen Verkehr bringt der Sommerplan einige beachtliche Verbesserungen: Nachdem bereits am 1. April der Flugdienst Berlin-Rom von der Lufthansa und der italienischen Gesellschaft "Avio Linee" eröffnet wurde, folgt am 1. Mai die Inbetriebnahme der Linie München-Venedig (Flugdauer nur 2 $\frac{3}{4}$ Stunden). Da diese Strecke in Venedig Fluganschluss bis Brindisi erhält, wird sie auch für den Postverkehr von Deutschland nach Süditalien und dem nahen Orient bedeutungsvoll werden. In den deutsch-schweizerischen Flugdienst wird vom Sommer ab auch Bern einbezogen, sodass nunmehr alle wichtigen Verkehrszentren der Schweiz: Basel, Bern, Genf und Zürich mit deutschen Flugzeugen erreichbar sind. Der Flugverkehr Deutschland-Skandinavien wird insofern eingeschränkt, als die Linie Berlin-Stettin-Kalmar-Stockholm mit Rücksicht auf die beschränkt vorhandenen Mittel ausfallen muss. Allerdings wird hiervon nur der Passagierdienst betroffen, da die Post- und Frachtbeförderung nach Skandinavien durch Ausbau des Nachtluftverkehrs erheblich verbessert wird. Zwischen Berlin und London wird das grösste deutsche Landflugzeug Junkers G 38 "D 2000" von der Lufthansa im gemischten Passagier-, Post- und Frachtdienst eingesetzt werden.

Auch der Bäderflugdienst erfährt einige Verbesserungen: So nimmt z.B. die Linie Stettin-Hiddensee ihren Ausgang in Berlin. Hierdurch wird eine zeitlich sehr günstige durchgehende Verbindung Berlins mit den Ostseebädern, die übrigens erstmalig auch Sonntags befliegen wird, hergestellt. Wieder befliegen werden fernerhin die Strecken nach den Seebädern Westerland, Wyk, Wangerooze, Langeoog, Norderney und Borkum sowie die vorwiegend dem Erholungsreiseverkehr dienenden Linien nach dem Schwarzwald, dem Riesengebirge, nach Marienbad (mit neuem Anschluss nach Karlsbad) und die Linien München-Salzburg-Reichenhall und München-Innsbruck-Bozen-Trient-Mailand. Die Mehrzahl der Seebäderstrecken wird in diesem Jahre schon am 20. bzw. 27. Juni in Betrieb genommen.

Ein Sonntagsflugdienst findet neben der Ostseebäderstrecke auch auf den Linien Berlin-Köln-Paris und Berlin-Stettin-Kopenhagen-Malmö sowie im Betrieb der "Deruluft" auf den Verbindungen nach Russland statt.

Eine neuartige überaus interessante Verkehrseinrichtung wird in Anlehnung an ähnlich geartete Versuche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika von der Lufthansa zwischen Köln und Frankfurt geschaffen. Achtmal täglich, immer um die volle Stunde, werden zehnsitzige Verkehrsflugzeuge diese Strecke in beiden Richtungen befliegen. Da die Flugzeit nur eine Stunde gegenüber vier Stunden Eisenbahnfahrt beträgt und der Flugpreis (einfacher Flug 23 Mark, Hin-

und Rückflug 40 Mark) dem der II. Klasse Eisenbahn etwa entspricht, darf diesem "Aerobus-Dienst" wohl eine günstige Entwicklung vorausgesagt werden.

SPD. Die Allgemeine Grundkreditgesellschaft in Amsterdam, die einige Monate vor der Internationalen Bodenkreditbank in Basel unter französischer Führung gegründet wurde, hat jetzt ihre erste internationale Anleihe aufgelegt. Sie lautet auf 140 Millionen französische Franken (ungefähr 23 Millionen Mark) und ist mit $5\frac{1}{2}$ % verzinslich. Die Anleihe wird zum grössten Teil in Frankreich und zu einem kleineren Teil in Holland, Schweden und der Schweiz zur Zeichnung aufgelegt. Die neue Anleihe ähnelt stark der ersten Anleihe der Internationalen Bodenkreditbank in Basel, die vor Monatsfrist im Betrage von 25 Millionen Schweizer Franken und mit 6 % Verzinsung in der Schweiz, England und Schweden aufgelegt wurde. Es ist bemerkenswert, dass sich in beiden Fällen die Bank für Internationale Zahlungen an der Anleihe beteiligte. Der Ertrag der neuen Anleihe dürfte, wenn überhaupt, in viel geringerem Masse als die Baseler Anleihe dem deutschen Bodenkredit zugute kommen. Das Amsterdamer Institut befasst sich mehr mit der Beschaffung von Bodenkredit für die süd-osteuropäischen Länder.

Auch diese neue Anleihe ist ein Anzeichen dafür, dass die internationale Bankwelt darum bemüht ist, den zum Unheil für die Weltwirtschaftskonjunktur ins Stocken geratenen internationalen Kapitalausgleich wieder stärker in Gang zu bringen. Aber die Geringfügigkeit der Beträge, um die es sich dabei vorläufig handelt, beweist, dass die Hemmungen, die dem Kapitalausgleich im Wege stehen, noch immer sehr stark sind.

SPD. Der historische Laden der Redlichen Pioniere in der "Kröten"-Gasse in Rochdale, von der aus die internationale Konsumgenossenschaft ihren Ausgangspunkt nahm, ist von der britischen Genossenschaftsbewegung aufgekauft und seiner Bestimmung als Genossenschaftsmuseum übergeben worden. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine und die Grosseinkaufsgesellschaft richteten bei dieser Gelegenheit ein Begrüssungsschreiben an die britischen Genossenschaftler, in dem es u.a. heisst: "Auf dem kleinen und anscheinbaren Grundstein, den die Rochdaler Weber legten, ist ein gewaltiges Wirtschaftsgebäude entstanden, das den zusammengeschlossenen Verbrauchern einen gewaltigen Nutzen bringt und den kommenden Geschlechtern zum Segen gereichen wird. Das Wesen und Wirken der Redlichen Pioniere von Rochdale ist in Wort und Schrift tausendfältig gewürdigt worden. Für Millionen unbemittelter Verbraucher waren die Rochdaler Erfolge ein Fanal, das den Weg zu einer lichtereren und froheren Zukunft wies. Die vor fast neun Jahrzehnten geborenen Grundsätze des Rochdaler Genossenschaftswesens bilden auch heute noch die Leitsterne des erfolgreichen Wirkens der im Internationalen Genossenschaftsbund vereinigten Verbraucherorganisationen. Möge die Einweihung des Rochdaler Genossenschaftsgebäudes ein Tag des erneuten Bekenntnisses zu dem bedeutsamen Werk der Redlichen Pioniere sein."

SPD. Der Einlagenzuwachs bei den preussischen Sparkassen betrug im Monat März 42,7 Millionen, womit die Einlagen auf 6704,4 Millionen anwachsen.

SPD. Der Abschluss der Golddiskontbank, die nach der Inflation in enger Angliederung an die Reichsbank zur Gewährung von Valutakrediten gegründet wurde, verweist auf zwei wichtige Tatsachen: Durch die Notverordnung ist das Fortbestehen der Golddiskontbank als Exportkreditbank gesichert worden; ihre Hilfe wurde dann auch schnell im Anschluss an die durch die rechtsradikale Bewegung ausgelöste Katastrophe auf unseren Kreditmärkten im Spätherbst 1930 in Angriff genommen. Die Entwicklung vollzog sich so, dass sich die ausländischen Geldgeber zurückhielten, wofür die Golddiskontbank einspringen musste. Die gewährten Kredite steigerten sich von 3,145 Millionen Pfund Ende September 1930 auf 5,859 Millionen Pfund Ende Dezember 1930. Der Reingewinn wird mit 436 000 Pfund angegeben gegenüber 559 000 Pfund im Vorjahr. Die Dividende beträgt 4%.

SPD. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat die Sommerrabatte, die vom 1. Mai ab gelten, wie folgt festgesetzt: Brechkoks I: Mai 4 Mark, Juni 3,50, Juli 3, August 2 Mark, Brechkoks II: Mai 4,50, Juni 4, Juli 3, August 2 Mark, Brechkoks III: Mai 3, Juni 3,50, Juli 3, August 2 Mark, Gesiebter Knabbelkoks Mai 3,50, Juli 3, August 1,50 Mark, Gesiebter Kleinkoks (sämtliche Körnungen) Mai 3,50, Juni 3, Juli 2,50, August 1,50 Mark. Gewaschener Anthrazit Gruppe I Nuss 1: Mai 3, Juni 2, Juli 1 Mark, Nuss 2: Mai 2, Juni 1, Juli 1 Mark, Nuss 3: (auch grobe Körnung) Mai 2,50, Juni 2, Juli 1,50 Mark, Gewaschener Anthrazit Gruppe II Nuss: 1 Mai 3,50, Juni 2,50, Juli 1,50, Nuss 2: Mai 2,50, Juni 1,50, Juli 1,50 Mark, Nuss 3: Mai 1,50, Juni 1, Juli 0,50 Mark. Anthrazit-Eiforbriketts Mai 2,50, Juni 1,50, Juli 1 Mark.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink= eier, vollfrische, gestempelte, über 65 Gramm 8 3/4, über 60 g 8, über 53 g 7 1/4, über 48 g 6 3/4, aussortierte kleine und Schmutzeier 6. Auslandseier: Dänen 18er 8 3/4, 17er 8 1/4, Holländer 68 g 9-2 1/4, 60-62 g 8-8 1/2, Rumänen, Ungarn und Jugoslawen 6 3/4-7, Russen normale 6 3/4, kleine, Mittel-, Schmutz= eier 5 3/4-6. Witterung: schön, Tendenz: ruhig.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 24. April bis 30. April: für A-Milch 17,1, für B-Milch 10,6, für tiefgekühlte Milch 17,6, für molkereimässig bearbeitete Milch 18,85 Pfennige. Die A-Milchmenge ist für diese Zeit auf 90% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner, waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,70 bis 2,00, Rote 2 bis 2,30, Odenwälder Blaue 2,10 bis 2,50, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 2,90 bis 3,30 Mark. Fabrik= kartoffeln 8 1/2 bis 9 Pfennige je Stärkeprozent.

Schlecht versorgte Mühlen.

(Berliner Getreidebörse vom 24. April)

SPD. An der Berliner Produktenbörse hat sich die Stimmung am Freitag wieder etwas beruhigt. Die abwartende Haltung dauert zwar an, jedoch waren neue Preisrückgänge nicht festzustellen. Im Gegenteil ergaben sich am Markte der Zeitgeschäfte Preissteigerungen im Umfang von etwa 1 bis 2 Mark. Der Handel mit effektiver Ware stand unter dem Eindruck des weiter überaus knappen Angebots, sodass sich auch hier die Stimmung erholen konnte. Speziell nach Roggen zeigte sich grössere Nachfrage durch die Provinzmühlen, die anscheinend schlecht versorgt sind. Auch hier liessen sich einige Preisaufbesserungen erzielen. Am Mehlmarkt war die Geschäftstätigkeit sehr gering. Die Forderungen lauteten unverändert. Roggenmehl war bei knappem Angebot etwas besser gefragt. Auch am Hafermarkt zeigte sich keine grössere Umsatzstätigkeit. Die Unsicherheit der Laege hielt hier an und veranlasste die Käufer, von grösseren Anschaffungen abzu-

	<u>23. April</u>	<u>24. April</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	288 - 290	287 - 289
Roggen	195 - 197	196 - 198
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	230 - 244	230 - 244
Hafer	185 - 189	186 - 190
Weizenmehl	34,50 - 40,50	34,50 - 40,50
Roggenmehl	27,00 - 29,10	27,00 - 29,25
Weizenkleie	14,00 - 14,25	14,00 - 14,25
Roggenkleie	14,25 - 14,50	14,50 - 14,75.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 301 $\frac{1}{2}$ - 302 (Vortag: 301)
 Juli 298 $\frac{1}{2}$ - 299 (297 $\frac{1}{2}$), September 252 $\frac{1}{4}$ (251 $\frac{1}{2}$), Roggen Mai 206 $\frac{1}{2}$ (205 $\frac{1}{2}$), Juli
 201 $\frac{1}{2}$ (200 $\frac{3}{4}$), September 189 $\frac{1}{2}$ (188 $\frac{1}{2}$), Hafer Mai 196 - 196 $\frac{1}{4}$ Geld (195), Juli 202
 und Brief (199 $\frac{3}{4}$), September - (178).

Berliner Viehmarkt.

SPD. Der Berliner Viehmarkt wurde am Freitag auf veterinärpolizeiliche Anordnung für Ausfuhr und Ueberstand gesperrt. Es heisst, dass Fälle von Maul- und Klauenseuche auf dem Schweinemarkt festgestellt worden seien, worauf die Veterinärpolizei die allgemeine Sperrung verfügte.

Das blieb natürlich auf dem Markt nicht ohne Rückwirkungen. Am besten schnitt man noch auf dem Schweinemarkt ab, wo sich für Tiere über 2 Zentner Preiserhöhungen von etwa 1 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht durchsetzen. Tiere von 160 bis 200 Pfund verloren etwa 1 Pfennig. Auf dem Schafmarkt gab es grössere Preisabschläge (bis zu 3 Pfennig pro Pfund). Auch am Kälbermarkt setzten sich (bis zu 4 Pfennigen) Preissenkungen durch. Das Geschäft am Rindermarkt war lustlos.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 32-37 (Voriger Markt 33-37), b) 27-30 (28-32), c) 23-26 (23-27), d) 18-22 (20-22). Kälber: -(-), b) - (66-77), c) 48-63 (52-70), d) 30-45 (33-46). Schweine:
 a) (über 300 Pfd.) 46 (-), b) (240-300 Pfd.) 45-46 (44-45), c) (200-240 Pfd.) 44-45 (43-45), d) (160-200 Pfd.) 41-44 (42-43), e) (120-160 Pfd.) 38-41 (38-40) f) (unter 120 Pfd.) -(-), g) (Sauen) 40-42 (40-41).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 24. April 1931.

Mann mit dem steifen Hut.^x

SPD. Auf einer kleinen Station war ein Mann mit zerschlagenem schwarzem Mantel und schwarzem steifem Hut zugestiegen. Offenbar fuhr er mit dem grossen Schnellzug nur eine Station weit. Er hatte den Mantel nicht abgelegt und den steifen Hut nicht vom Kopfe genommen. Seltsam reglos sass er in der Ecke bei der Abteiltür. Sein Gesicht war grau und eingefallen, merkwürdig still und leblos, ohne Anteilnahme. Immer, wenn jemand im Gange vorüberkam, schien er in sich zusammenzusinken oder zu erschrecken. - Ein sonderbarer Mensch!

An der nächsten Station stieg er nicht aus. Er schien zu schlafen mit offenen Augen. Womöglich hatte er vergessen, dass er hier aussteigen musste?

Nein, er blieb auch noch, als der Zug eine geschlagene Stunde später wieder auf einer Kreuzungsstation hielt! Er blieb reglos sitzen, den steifen Hut auf dem Kopfe, in den dünnen Mantel gehüllt. Es hatte den Anschein, als fröre ihn. Er zog den Mantel oft eng an den Körper.

Nun fuhr er schon von Mittag bis Abend. Seine Fahrkarte schien ganz in Ordnung zu sein. Denn auch der neue Zugschaffner, der auf einer grossen Station den Zug übernommen hatte, gab ihm die Karte nach dem obligaten Blaustiftstrich zurück, und selbst der Kontrolleur, der mit wichtigem rotem Strich die Bedeutung des blauen Strichs in des Wortes wahrer Bedeutung noch "unterstrich", liess den sonderbaren, bleichen Mann im Abteil mit Mantel und Hut sitzen.

Dunkelheit fiel über das Land. Die Lampen brannten in den Abteilen. Der Zug stob durch das Dunkel. Noch vier oder fünf Stunden mochten es bis zur Endstation Berlin sein.

Das Abteil hatte sich geleert bis auf einen Fahrgast am Fenster, ausser dem Mann im steifen Hut.

Mit einem Male sprach der bleiche, stille Mann, schleppend, fast demütig: "Entschuldigen Sie, dass ich mich hier ausstrecke! Ich bin sehr müde!"

Der Herr am Fenster antwortete nicht. Vielleicht nickte er; unwillig oder gleichgültig. Im Abteil konnte jeder tun, was er wollte. - Die Höflichkeit des Mannes, der den Hut beharrlich auf dem Kopfe behielt, wirkte irgendwie erregend.

Der Mann streckte sich aus, im Mantel mit dem Hut auf dem Kopfe! Aber er blieb nicht lange liegen. Ob ihm das Lager zu hart war, oder ob ihn das helle Licht blendete? Ja, es schien das Licht zu sein. Er erhob sich; und bei dem Ruck fiel ihm der steife Hut vom Kopfe - -

Hastig bückte er sich. Der Herr am Fenster sah auf. Und sah den kahlgeschorenen Schädel - -

"Ach so", machte er verstehend und wurde sehr ernst.

"Ja, es ist schwer - -", antwortete der Stille.

"Lange?" fragte der andere.

"Lange genug."

"Malheur gehabt?" forschte es aus der Ecke.

"Es ist das erstemal; da fällt es entsetzlich schwer - -"

"Nun, die Zeit ist glücklicherweise fortgeschritten. Die Menschen sind nicht mehr so empfindsam! Ich bin überzeugt, es würde niemand hier im Zuge ein böses Wort gesagt oder einen schiefen Blick gesandt haben - -"

"Das mag so sein, wie Sie sagen! Aber wie ist es mit einem selbst? Wie

fühlt und denkt man selbst? Nicht immer denkt man bei dem, was man tut, an andere, sondern zuvor an sich selber! Und da ist es grausam, mit einem Male in einem Zuge zu sitzen, wo satte Menschen voll Lebensfreude in Ferien reisen oder heimkehren, von Hochzeiten kommen oder zu Kindtaufen fahren. Verstehen Sie das? Auf einmal steht man da mitten drin und fühlt sich noch nicht zugehörig, glaubt sich nicht berechtigt, dasselbe fordern zu können wie die verwirrend vielen anderen - - "

Er schwieg erschöpft.

Armer Mann mit dem steifen Hut! So schwer nimmst Du das Dasein und stösst Dich wund an der Gemeinschaft! Und hast gar nichts Ehrenrühriges getan. Ein rasches Wort, eine starke Beteuerung zum Schutz einer unglücklichen jungen Frau Und Verhängnis, eines toten Paragraphen ganze Wucht: Kerkerhaft - -

Du glaubst, es stehe Dir ins Gesicht gezeichnet, dass Du nach dem Gesetz als Lügner giltst - - Nein, niemand sieht Dich daraufhin an! In fast aller Menschen Gesichte sind mit hartem Griffel Runen gezeichnet. Wenige sind so frei, dass sie den Kopf hoch über andere voll Recht tragen könnten! Dein Mantel schützend um den schmalen, zitternden Körper geschlungen, und der Hut, trotzend-ängstlich auf dem Kopfe, ist letzter Rest vom Instinkt eines gehetzten Tieres. Du aber bist ja ein Mensch, bist frei; niemand hat ein Recht, sich auf Dich zu stürzen mit Worten, Gebärden oder Blicken. Und Du selber? Du musst Dein Freisein fühlen; abschütteln, was beengt. Der Kampf, der Dir bevorsteht, ist aussichtslos, bedienst Du Dich dieser Mittel!

Sprach so der Mitreisende? Oder flogen den schwächtigen Mann diese Gedanken an, je näher er dem Ziele kam?

Jetzt sass er ohne Hut in seiner Ecke. Das Abteil hatte sich wieder voll gefüllt. Niemand beachtete ihn. Jeder hatte mit sich selbst und seinem kleiner Schicksal zu tun.

Als der Zug im Endbahnhof eingelaufen war, schritt der Mann mutvoll, den schwarzen steifen Hut in der Hand, ins tiefste Getümmel der grossen, hastenden Stadt - -

Karl Lütge.

Vier Mai-Briefe.^x

I.

Berlin, den 2. Mai 1902.

Liebe Eltern !

Ich habe nun die erste Woche nach meinem Wegzug von dort hier gearbeitet und will Euch jetzt einiges über mein Ergehen mitteilen. Die Arbeit gefällt mir sehr gut; ich habe in einer Möbeltischlerei, in der hauptsächlich Schlafzimer angefertigt werden, angefangen. Der Lohn ist auch sehr gut; wir müssen zwar tüchtig ran, aber das, was ich hier Sonnabends ausgezahlt bekomme, hätte ich in unserm kleinen Landstädtchen nie verdient. Ich denke, ich werde ganz schön sparen können, da ich auch eine billige Schlafstelle gefunden habe. Meine Wirtin ist eine freundliche alte Frau; Witwe. Ihr Mann war übrigens auch Tischler, und sie freut sich, dass sie gerade einen Tischler als Schlafburschen bekommen hat.

Die Kollegen sind alle ganz nett, nur eins stört mich: dass sie fast alle Sozis sind. Gleich am ersten Tage fragten sie mich, ob ich im Verband sei. Als ich "Nein" sagte, setzten sie mir zu, auch gleich einzutreten. Ich wollte nicht aber meine Wirtin sagte Abends, dass es doch richtig sei, wenn wir alle zusammenhielten gegen die Chefs und die Reichen, und was so'ne alte Frau noch zusammenredet. Ich glaube, ihr Mann ist auch ein Roter gewesen; im Verband war er bestimmt.

Gestern, am 1. Mai, war die Fabrik fast leer. Ich habe noch garnicht gewusst, dass die Arbeiter am 1. Mai feiern. Das wäre ihr Festtag, sagten sie. Ich sollte auch nicht arbeiten gehen und mitkommen, aber ich habe mich gehü-

tet. Schade um das schöne Geld! Wozu ist denn der Sonntag da und die Feste? Wir waren aber nur ein paar Mann im Betrieb; ich war der einzige Jüngere. Heute früh sagten mir die Kollegen, das wäre nicht anständig von mir gewesen, und ich sollte nächstens mal mitgehen in die Versammlung, damit ich wüsste, worum es geht, und warum sie feiern. Na, ich kann ja mal mitgehen und mir das Gerede anhören.

Seid nun recht herzlich gegrüsst von Eurem Sohn Karl.

II.

Berlin, den 20. Mai 1908.

Liebe Eltern!

Ich bekam Euren Brief und danke Euch dafür. Ich habe inzwischen schon wieder Arbeit gefunden, sodass Ihr Euch in dieser Beziehung keine Sorgen mehr zu machen braucht. Ein Tischler, der sein Handwerk versteht, findet immer wieder Beschäftigung, wenn er zwischendurch auch mal ein paar Wochen feiern muss.

Nun zu Deiner Bemerkung, Vater, "ich sollte doch die Hände von dem ganzen Gewerkschaftskram lassen und am 1. Mai lieber arbeiten, wie sich das gehört, anstatt zu feiern und mich dann vom Chef rausschmeissen zu lassen" - nein Vater, da bist Du sehr im Irrtum. Das ist mehr als Gewerkschafts"kram". Hier handelt es sich um eine grosse, heilige Sache! Ihr könnt das nicht so verstehen; als ich vor 6 Jahren nach Berlin kam, ging es mir genau so; aber inzwischen hab ich die Augen offen gehalten und weiss jetzt, um was es geht. Sieh mal, ich weiss nicht, wieviel hundert Millionen Menschen auf der Erde leben, aber das weiss ich, dass der weitaus grösste Teil davon arm, Arbeiter sind, wie wir. Und alle arbeiten wir das ganze Jahr, unser ganzes Leben hindurch; nur an den paar Tagen im Jahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten, können wir uns ausruhen, uns auf uns selbst besinnen. Immer müssen wir das tun, was uns andere befehlen; sogar die Feiertage bestimmen die anderen. Und da haben wir Arbeiter, wir Proletarier, die in den grossen Gewerkschaften, in den Arbeiterparteien der ganzen Welt organisiert sind, gesagt: Wir wollen auch einen Tag haben, an dem wir frei sind, den wir bestimmen - unsern Feiertag! Dazu haben wir den 1. Mai genommen, als Symbol den Tag im Frühling gewählt. Wie alles neu wächst und zum Lichte drängt, so wollen auch wir vorwärts streben, bis eines Tages die ganze Welt uns gehört! Diese Hoffnungen, diesen Willen verkörpert unsre Maifeier. Wir wissen, in der ganzen Welt ruhen die Maschinen, an denen sonst die organisierten Kollegen arbeiten; in allen Ländern der Erde fasst heute kein gleichgesinnter Arbeiter ein Werkstück an, und das ist unser Stolz: die internationale Solidarität des Proletariats! Und von Jahr zu Jahr werden es mehr, die mit uns feiern, mit uns denken, mit uns kämpfen - und nun werdet Ihr es vielleicht verstehen, wenn ich, obgleich ich schon dreimal deshalb meine Arbeit verloren habe, nächstes Jahr am 1. Mai doch wieder nicht arbeiten werde!

Herzliche Grüsse Euer Karl.

III.

Frankreich, an der Somme, den 30. April 1917.

Liebe Frau und Sohn!

In aller Eile nur ein paar Zeilen! Bald wird es dunkel, und wir dürfen kein Licht anmachen. Jetzt ist es wieder ganz verrückt; die Artillerie trommelt schon seit zwei Tagen; für morgen Vormittag ist der Sturm angesetzt. Ich bin, soweit man das sagen kann, noch leidlich wohl. Hoffentlich geht es Euch auch einigermaßen! Habt Ihr denn immer satt zu essen? Die Urlauber, die zurückkommen, erzählen, es wäre jetzt alles so sehr knapp in der Heimat. Denkt doch, nun ist es schon bald anderthalb Jahre her, dass ich auf Urlaub war!

Vorhin, als ich das Datum schrieb, fiel mir ein, dass ja morgen der 1. Mai ist. Unser erster Mai - und was ist daraus geworden -?! Friedenstag sollte er sein für alle Menschen - Kriegstag ist er nun schon seit 3 Jahren; im Frühling haben wir ihn gefeiert, als Sinnbild des Werdenden, zum Lichte Strebenden - hier zerreißen die Granaten jeden Baum, jeden Grashalm; Tag der Einigkeit sollte er sein - jetzt stehen wir uns als Feinde gegenüber, lauern nur auf den

Moment, aufeinander loszuspringen, diesseits wir Deutschen, jenseits Franzosen, Engländer; getrennt durch Sprache, Hass, Verhetzung, aber doch alles Arbeiter, Proletarier, Brüder! - - Vor 3 Jahren haben wir noch, Tausende hüben und drüben, am 1. Mai gefeiert, uns verbunden gefühlt - und morgen? - Für 10 Uhr ist der Sturm angesetzt. Hoffentlich komme ich gut durch!

Seid innig gegrüsst und geküsst von Eurem Mann und Vater Karl.

Sehr geehrte Frau K.....!

Mit dem tiefsten Bedauern unterziehe ich mich der Pflicht, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Mann bei dem gestrigen Angriff den Heldentod für das Vaterland gestorben ist. Er hatte ein leichtes Ende; ein Kopfschuss tötete ihn auf der Stelle. Ich spreche Ihnen mein herzlichstes Beileid aus. Wir werden sein Andenken als das eines guten Kameraden und mutigen Soldaten stets in Ehren halten. Den vorstehenden Brief, den wir bei ihm fanden, sowie seine Uhr und Geld, übersende ich Ihnen beifolgend.

In aufrichtigem Mitgefühl

R...., Leutnant und Kompagnieführer.

IV.

Berlin, den 2. Mai 1930.

Liebe Mutter!

Schade, dass Du nicht hier in Berlin bist! Das hättest Du gestern sehen müssen - ein Riesenaufmarsch der feiernden Arbeiter und Angestellten! Dazu die Sonne, der Frühling und unser Wille! - Wir sangen die Internationale, und mir war, als dröhnten aus allen Ländern der Welt die Stimmen der Arbeiter, der Unterdrückten, Entrechteten, die gleichen Worte, die gleiche Melodie! Es geht vorwärts; trotz aller Not und aller Hemmnisse geht es aufwärts. Wir schaffen's, wenn wir wollen - und wir wollen!! Wir knüpfen die Bande, die kein Krieg mehr zerreisst. Gestern haben wir es wieder bezeugt - - und wenn sie neuen Krieg und neues Elend wollen, dann werden wir es verhindern!

Hoch unser Mai-Tag - - unser Frei-Tag!

Dein Sohn.

Walter Schirmeier.

----- Angestellte im 17. Jahrhundert. x -----

SPD. In unsrer Zeit des rationalisierten Bürobetriebes und der oft sehr hohen Anforderungen an Vorkenntnisse vor der Einstellung als Lehrling in einen kaufmännischen Betrieb kann man sich vom Leben der kaufmännischen Angestellten vergangener Jahrhunderte nur noch schwer eine Vorstellung machen. In einer Kaufmannsstadt wie Amsterdam mit einer vielhundertjährigen kaufmännischen Tradition wissen die Chroniken jedoch noch mancherlei über die alte Zeit, die nicht immer eine gute Zeit war, zu erzählen.

Das Amsterdam des 17. Jahrhunderts hatte als eine der ersten Handelsstädte jener Zeit schon viele grosse kaufmännische Büros, die indessen den Ansprüchen der modernen Zeit an Hygiene in keiner Weise genügt haben würden. Das Hauptgeschäftslieben spielte sich damals teilweise in Strassen ab, die mit dem Uebergang zum modernen Bürohaus und Geschäftshaus ihr altes Ansehen längst eingebüsst haben. Es sind teilweise heute sehr verrufene Strassenzüge, deren Häuser damals noch Büro- und anderen kaufmännischen Zwecken dienten, und wo man noch heute sehen kann, dass Licht und Luft für die Büroräume damals keine Rolle spielten. In einem solcher uralten Kontorhäuser in der Warmoesstrasse hat auch der junge Ferdinand Freiligrath gearbeitet, als er von 1830 bis 1832 als kaufmännischer Angestellter in Amsterdam tätig war.

Aus dem Jahre 1651 ist noch ein Wegweiser für Büro-Angestellte erhalten, der für die Gegenwart die Bedeutung eines kulturhistorischen Dokumentes hat. Sehr viele Vorkenntnisse wurden in jener Zeit, die noch keine allgemeine Schulpflicht kannte, nicht verlangt. Natürlich musste der zukünftige kaufmännische Angestellte eine Schule besucht haben, aber wer damals lesen, schreiben und

rechnen konnte und allenfalls einige lateinische Ausdrücke wusste, der war schon gebildet. Der junge Angestellte wurde von seinem Lehrherrn, der natürlich auch noch ein väterliches Züchtigungsrecht hatte, feierlich verpflichtet, "dass er ein treuer Lehrling sein, jedem am richtigen Platze dienen, seines Meisters Vorteil und nicht dessen Schaden suchen, Gehorsam geloben und seinen Meister aufmerksam machen wolle, wenn seine Kameraden nachteilig arbeiteten." Gerade der letzte Teil der Verpflichtung ist für jene Zeit bezeichnend, denn dadurch wurde ein gegenseitiges Bespitzelungssystem geschaffen, das für irgendwelche Solidarität keinen Raum mehr liess.

Der Lehrling fing seine Laufbahn als Bürodienner oder "Kantoor knecht" an. Er musste den Fussboden fegen, für Licht und im Winter für Feuer in den Oefen sorgen, seinem Lehrherrn die Schuhe zubinden, ihm seine Tasche tragen, wenn er zur Börse oder zu anderen Kaufleuten ging, und alle möglichen Arbeiten verrichten, die mit seinem späteren Berufe nichts zu tun hatten. Ungehorsam war auf Grund der Verpflichtung strafbar, und um die Arbeitszeiten der schändlich ausgebeuteten Lehrlinge, die immer noch billiger als erwachsene Arbeiter wurden, kümmerte sich niemand. Sein Ideal war, zum "jüngsten Angestellten" befördert zu werden, und hierbei war er auf Gnade und Ungnade der Gunst seines Arbeitgebers ausgeliefert. Wurde er endlich würdig befunden, auf diesen Anfangsposten der eigentlichen kaufmännischen Laufbahn berufen zu werden, dann erhielt er auch noch nicht sogleich ein eigenes Pult zugewiesen, sondern musste zunächst für das ganze Personal die Gänsefedern, mit denen man damals schrieb, in Ordnung halten, eine Tätigkeit, die eine volle Arbeitskraft beanspruchte. Erst allmählich ging sein Lehrmeister dazu über, ihn Briefe kopieren oder abschreiben zu lassen. Seine Arbeit wurde damit produktiver, da von jedem Brief eine Abschrift zurückbehalten werden musste. Zahlreiche Angestellte brachten es nicht weiter als zum Kopierer und schätzten sich glücklich, wenn sie nach ihrem Tagewerk noch Bogen zum Kopieren mit nach Hause nehmen durften, die sie dann je Stück bezahlt erhielten. Man muss sich dabei in die Schwierigkeiten jener Zeit hineinversetzen, wo die Kopierer noch nächtlich beim Licht einer flackernden Kerze ihr mühevolleres Werk verrichteten. Leider fehlen alle Unterlagen über Bezahlung, doch wird diese kaum hoch gewesen sein.

Der junge Angestellte, der Möglichkeiten zum Weiterkommen durch persönliche oder sonstige Beziehungen sah, begann dann, die damals massgebende italienische Buchführung zu erlernen. Damit hatte er seinen Weg gemacht, denn wenn er einmal Buchhalter war, so war er auf Grund der Vertrautheit mit dem Geschäft für seinen Arbeitgeber unentbehrlich. Dann wurde er früher oder später als Teilhaber aufgenommen, oder er trachtete danach, sich ein eigenes Geschäft aufzubauen. Es war indessen nur eine kleine Minderheit, die es so weit brachte, und gute Beziehungen spielten schon damals eine weit grössere Rolle als persönliche Tüchtigkeit.

Das Leben des kaufmännischen Angestellten war bereits damals ein kärgliches Proletariatsdasein, wobei noch überdies ein lächerlicher Standesdünkel in ihm grossgezogen wurde, da die gesellschaftliche Etikette eine strenge Scheidelinie zwischen ihm und seinen körperlich arbeitenden Klassengenossen zog. Tatsächlich war die niederländische Gesellschaft in den Kaufmannsstädten jener Tage eine ausgesprochene Kastengesellschaft, auf deren Grundlage auch nur das Wohlleben des kaufmännischen Patriziats möglich war, das schon in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts unaufhaltsam den Niedergang der alten Republik der Vereinigten Niederlande nach sich zog.

Otto Burgemeister (Amsterdam).

SPD. Schmeichelhafte Ähnlichkeit.^x Zu Balzac sagte einmal sein Zeitgenosse Champfleury: "Ich habe die Entdeckung gemacht, dass wir beide uns sehr ähneln."

"Das freut mich für Sie", erwiderte Balzac.

Ruf zum 1. Mai 1931.^x

Trotz allen Sorgen der Zeit
wissen wir Sterne und Sonnen.
Trotz unserer Dürftigkeit
hat unser Anmarsch begonnen.

Trotz aller Entbehrung und Not,
trotz aller Zweifel und Schmerzen
ist unser Glaube nicht tot,
glühen die Feuer der Herzen!

Trotz aller Bindung und Pflicht
an das Kleine, Gemeine,
drängen wir in das Licht,
drängen wir in das Reine!

Trotz aller gestriger Wehr,
trotz Mühsal, Last und Beschwerde
schreiten wir brüderlich her
über die üppige Erde.

Wir haben des Glaubens Gewalt,
des Lichtes fröhlichen Samen
und haben die neue Gestalt
und der Menschheit mächtigen Namen.

Alfred Thieme.

10 Jahre Akademie der Arbeit.^x

SPD. Am 2. Mai dieses Jahres feiert die Akademie der Arbeit an der Universität in Frankfurt am Main ihr zehnjähriges Bestehen. Die im Jahre 1921 für die notleidende Frankfurter Universität eingesprungenen Arbeitervertreter hatten damals diese Einrichtung zur Bedingung für ihre Hilfe gemacht. Seitdem ist diese in Deutschland einzigartige Schule Angriffen der verschiedensten Seiten ausgesetzt. Aber trotz alledem konnte die Bewilligung der Mittel im Staatsetat durchgesetzt werden, und die Entwicklung des Instituts und vor allem die Tätigkeit der Jahr für Jahr aus den einzelnen Lehrgängen hervorgehenden Schüler beweisen die Daseinsberechtigung einer solchen Bildungsstätte.

Es ist ja gerade das Streben und der Sinn der Akademie der Arbeit, nicht ein Universitätsersatz für Arbeiter zu sein, sondern Menschen aus den Betrieben und Büros herauszuholen, ihnen das Wissen für ihre Stellung als Arbeitnehmer und Staatsbürger zu geben und sie danach wieder in ihren alten Wirkungskreis gehen zu lassen. Also: keine neue, proletarische Intellektuellenschicht soll geschaffen werden, sondern Arbeiter und Angestellte sollen aus ihrem Alltag heraus ein Jahr lang für eine neue, verantwortungsbewusste Arbeit in ihrem früheren Bereich geschult werden. Aus diesem Grunde wird auch die Aufnahme nicht an besondere Prüfungen oder Bildungsnachweise geknüpft, sondern die Bewerber werden lediglich auf Grund von schriftlichen Arbeiten und ihrer öffentlichen Tätigkeit ausgesucht. Die Mehrzahl der Teilnehmer an einem Kursus, der jeweils etwa 70 Hörer enthält, wird dabei vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund delegiert. Hinzu kommen noch Teilnehmer mit Hilfe von Stipendien der Städte und Länder, einige auch auf eigene Kosten zur Akademie.

Der Lehrplan umfasst neben den Hauptfächern Volkswirtschaft, Arbeits-

recht, Soziologie und Staatslehre noch Vorlesungen über Geschichte, Strafrecht und andere Wissensgebiete. Die Hauptarbeit aber wird in den Arbeitsgemeinschaften geleistet, die von den hauptamtlich angestellten Dozenten geleitet werden: Dr. Michel, Professor Noelting und Dr. Sturmfels, die auch wechselweise die Leitung der Akademie übernehmen. Als ehemaliger Hörer der Akademie der Arbeit kann ich sagen, dass sich diese Einteilung als sehr gut bewährt hat. Der Wechsel zwischen reinen Vorlesungen - zum Teil mit den Studenten zusammen - und einer sich daran schliessenden Aussprache in den Arbeitsgemeinschaften und späteren Seminaren verhindert auf der einen Seite die rein wissenschaftliche Paukerei und auf der anderen unfruchtbare, sich endlos hinausziehende Debatten. Vielleicht würde eine Mässigung des Tempos in den letzten Monaten des Kursus die innere Verarbeitung des Stoffes bei den doch meist ziemlich unvorbereiteten Hörern noch erhöhen. Neuerdings wird ja der Schulbetrieb durch Führungen und auswärtige Excursionen unterbrochen, was eine äusserst begrüßenswerte Belebung darstellt.

Nach neun Monaten verlässt der Schüler die Akademie mit erweitertem Wissen, klarerem Blick für die Ziele und Bestrebungen der Arbeiterschaft und neuen Erkenntnissen über seine Stellung im Wirtschaftsprozess. Er kehrt in seinen alten Wirkungskreis zurück, und sicher ist er dann oft nicht mehr der alte Mensch. Für manchen kommt dann erst eine harte Zeit, in der er sich erneut zurechtfinden muss. Hier liegt gewiss eine ernst zu nehmendes Problem aller Erwachsenenbildung - es handelt sich bei den Hörern der Akademie der Arbeit um Menschen im Alter von 23 bis 35 Jahren -. Nach den Ermittlungen über die ehemaligen Hörer steht jedoch fest, dass die Mehrzahl wieder in ihre alte Umgebung zurückgekehrt ist und dort zum Nutzen aller Arbeitnehmer mit vergrößerter Willens- und Wissenskraft mitarbeitet.

Es kann deshalb nur gewünscht werden, dass diese Bildungsstätte der Werktätigen weiter wirken möge. Leider ist sie ja nur ein kleiner Einbau in das Bildungsprivileg der Begüterten. Je mehr solche Heimstätten einer wahren Volksbildung entstehen, desto mehr Kräfte wachsen für eine wirklich Demokratie, für die tätige Mitarbeit Aller in Staat und Wirtschaft. "Wissen ist Macht", dieses alte Wort gilt heute mehr denn je, und die Akademie der Arbeit ist eines der wichtigsten Mittel zur Erlangung dieses Wissens für die Arbeiterschaft. Ihr zehnjähriges Bestehen ist ein erster Markstein. Mögen ihm noch viele andere folgen, trotz Nazigeschrei und Hugenbergs Grollen, denen das Volk für ihre dunklen Ziele nicht dumm genug sein kann!

k.m.

SPD. Igel sind immun gegen Schlangengift.^x Es ist bekannt, dass auf der Speisekarte des Igels ausser allen möglichen andern Nahrungsmitteln auch Giftschlangen stehen. Die Beobachtung, dass sich der Igel auch von giftigen Schlangen nährt, hat zu der Auffassung geführt, dass er eine grosse Immunität gegen Schlangenbisse besitzt. Dennoch war es immerhin eine Streitfrage, ob diese Unempfindlichkeit beim Igel wirklich vorhanden ist, oder ob er durch eine geschickte Kampfweise den Bissen der Giftschlangen auszuweichen versteht. Sein Stachelkleid bietet der Schlange keine Angriffspunkte; nur der Kopf und die Schnauze können von der Schlange verletzt werden. Die französische Zoologin Dr. Phisalix hat es vor einiger Zeit unternommen, die Frage nach der Immunität zu beantworten. Bei zahlreichen Kämpfen von Igel mit Schlagen konnte sie beobachten, dass auch Bisse in die Schnauze und in den Kopf von dem Igel ohne Schaden ertragen wurden. Stets besiegte er die Schlange und verspeiste sie dann. Darauf hat Frau Dr. Phisalix Igel die Gifte der verschiedensten Schlangen eingespritzt. Aber auch nach dieser Operation zeigte sich keine Wirkung. Es kann auf Grund solcher exakt wissenschaftlich gemachten Beobachtungen wohl kein Zweifel mehr sein, dass der Igel tatsächlich gegen Schlangenbisse immun ist.